

**UNIA**

DIE ZEITUNG DER WIRTSCHAFT.

# Werk

**Dossier KVG: Kranke Politik, kranke Kassen. Seiten 8-9**



**FAR-Freude:**  
Bau-Büezer  
Kessler (60)  
ist der 20 000.  
Frührentner.

## Algerien brennt

Das steckt hinter dem Aufstand. Analyse von Oliver Fahrni. Seite 7



## CH-Banken sind CO<sub>2</sub>-Schleudern

Neue Studie zeigt: So klimaschädlich sind UBS und CS. Seite 11

## Frauenstreik:



# Alle dabei

Jetzt wollen auch die Katholikinnen und die Geschäftsfrauen am 14. Juni streiken. Die Übersicht. Seite 4

# Frei für immer!

Wie er strahlt: Seite 3



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## GRUPPENBILD MIT ZWEI HERREN

Er war der erste Kanton, in dem die Frauen wählen konnten: der Kanton Waadt. Das war 1959 und zwölf Jahre bevor schliesslich die ganze Schweiz das Frauenstimmrecht einführt. Und nun schreibt der Westschweizer Kanton schon wieder Frauengeschichte. Mit neu 5 Frauen im Regierungsrat. 5 Frauen und 2 Männern. Und alle Frauen sind erst noch Mütter. Die frischgewählte SP-Politikerin Rebecca Ruiz ist sogar Mutter

### Schon wieder schreibt die Waadt Frauengeschichte.

zweier Kleinkinder. Sie, die Nachfolgerin von Pierre-Yves Maillard, der

neu SGB-Präsident wird, hängt den SVP-Konkurrenten bereits im ersten Wahlgang ab. Nun hat die SP sogar all ihre drei Regierungssitze mit Frauen besetzt.

**5:2.** Noch nie sassen mehr Frauen in einer Kantonsregierung, geschweige denn in der Landesregierung. Das Foto spricht Bände: Pascal Broulis und Philippe Leuba, die beiden letzten (freisinnigen) Mohikaner im Château zu Lausanne, verblassen, ja verschwinden beinahe inmitten all der Perlen, assortierten Lippenrouges und verwehtem Haar der Frauen. Als wären die zwei Herren eine aussterbende Gattung. Beklagenswerte Opfer der natürlichen Selektion: zu eng die Krawatte, zu dick der Hals, zu glänzig die Glatze, zu scharf die Bügelfalten und zu speckig der Blick. (Heissa, ist das lustig, mal nur über das Äussere von Männern zu schreiben!) Aber vor allem: Als wäre die politische Luft, die sie atmen, zu dünn für dieses Frauenjahr.

**14.6.** Im Juni ist Frauenstreik – und das Frauenbündnis für den Streik wird immer breiter. Von autonom, links bis bürgerlich. Neu hat nun auch der katholische Frauenbund (SKF) beschlossen, am Frauenstreik mitzumachen. Weil für Papst Franziskus Abtreibung Auftragsmord ist. Mit dabei am 14. Juni sind auch die Business and Professional Women (BPW), der grösste Schweizer Frauen-Wirtschaftsverband. Noch nicht ganz entschieden haben sich die Bäuerinnen. Doch Christine Bühler, ihre Präsidentin, fordert endlich Gleichberechtigung im Stall. Im work-Interview sagte sie kürzlich: «Beim Frauenstreik bin ich auf jeden Fall dabei.» Das ist prima, denn am Frauenstreik braucht es alle, und Streikgründe gibt's genug. Sei's auch nur der, dass in den Luzerner, Bündner, Tessiner und Appenzell Ausserrhoder Kantonsregierungen die Männer noch nicht ganz am Aussterben sind. Im Gegenteil, sie regieren unter sich. Und dies, 29 Jahre nachdem das Bundesgericht 1990 das renitente Appenzell Innerrhoden endlich zwang, das Frauenstimmrecht doch noch einzuführen.

Das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU lahmt:

# Das wird wohl nichts mehr, Herr Cassis!

Noch ist das Rahmenabkommen mit der EU nicht offiziell tot. Aber es riecht immer strenger. Die letzten zwei Wochen im Überblick von work-Autor Clemens Studer.

### DAS EUROPA-PARLAMENT

Am 26. Februar verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution zum Rahmenabkommen, das die flankierenden Massnahmen als «unverhältnismässig einseitig» bezeichnet. Aber knapp: Nur mit 330 zu 303 Stimmen blieb dieser Abschnitt überhaupt in der Vorlage. Auch dieses Abstimmungsresultat zeigt einmal mehr: die Position der Schweizer Gewerkschaften wird von den fortschrittlichen Kräften in Europa gestützt. Es geht nicht darum, dass «die EU» den Schweizer Lohnschutz schleifen will, sondern es sind die marktradikalen Kräfte in der EU und ihre Schweizer GLP- und FDP-Freunde um den Aussenminister Ignazio Cassis.

### DER BUNDESRAT

Bundesrat Ignazio Cassis ist mittlerweile mit seiner Haltung zum Rahmenabkommen in der Regierung völlig isoliert. Seine letzte Idee: Er wollte noch vor Abschluss der laufenden Konsultationen nach Brüssel düsen und dort «Klarstellungen» abholen – und im Sommer dann das Rahmenabkommen unterzeichnen. Er war der einzige im Bundesrat, der das für eine gute Idee hielt.

### DER NATIONALRAT

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates erwartet vom Bundesrat, dass er die «strittigen Punkte» mit der EU kläre und, falls das gelingen sollte, das Rahmenabkommen «innerhalb eines Jahres» unterschreibe.

### DIE BAUMEISTER

Der Baumeisterverband ist grundsätzlich für ein Rahmenabkommen mit der EU. Aber nicht in der vorliegenden Form. Der Zentralvorstand verlangt die Sicherung der flankierenden Massnahmen. Und dass die Schweizer Sozialpartner ausdrücklich als verantwortliche Stellen im Vollzug der flankierenden Massnahmen anerkannt werden. Ausserdem verlangen die Baumeister ausdrücklich die «Garantie» von «länderspezifischen Ausnahmen» – spricht: flankierenden Massnahmen.



ALLEIN AUF WEITER FLUR: Bundesrat Ignazio Cassis ist mit seinem Rahmenabkommen in der Regierung völlig isoliert.

FOTO: KEYSTONE

### DER MIETERINNENVERBAND

Er hat die Folgen des vorliegenden Rahmenabkommens für die Wohnbaupolitik untersuchen lassen – und ist beunruhigt. Die bewährte Schweizer Wohnbauförderung durch Bund, Kantone und Gemeinde ist gefährdet. Der Verband verlangt, dass Bundesrat und EU garantieren, dass die Wohnraumpolitik nicht vom Rahmenabkommen betroffen sei. Sie soll zudem auch aus dem Anwendungsbereich des neuen Freihandelsabkommens und aller künftigen sektoriellen Abkommen ausgenommen werden. Verbandspräsident und SP-Nationalrat Carlo Sommaruga: «Vorher ist es nicht möglich, dem Rahmenvertrag zuzustimmen.»

### DER LOHNSCHUTZ-AUFRUF

Vor zwei Wochen lancierten über 130 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Gewerkschaften den Aufruf «Ein Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen

Schweiz – EU ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmendenrechten!» (work berichtete). Er stösst in der Schweiz wie in Europa auf grosses Interesse. Die Unterzeichnendenliste wächst und wächst. Unter den Erstunterzeichnenden ist auch Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey. Sie doppelte im Schweizer Radio nach: «Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, kann nicht unterschrieben werden.»

CLEMENS STUDER

### AUFRUF

#### UNTERSCHREIBEN!

Den Aufruf «Unser Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz – EU ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!» können Sie hier unterzeichnen: [www.loehne-statt-grenzen-schuetzen.ch](http://www.loehne-statt-grenzen-schuetzen.ch).

## Künzi streikt!



FOTO: YVES THOMI

**Sandra Künzi** lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 vor: Ahoi!

## Für plasticfreie Frauen

Die haben einen jungen, toten Wal gefunden, der hatte 40 Kilo Plastic im Bauch. Mir persönlich wär's lieber, wenn das viele Plastic im Menschen wär statt im Wal. Aber dann tun mir die Frauen doch leid, die so aufgespritzte Lippen haben und chugelrunde Brüste fast am Hals oben. Dasch doch komisch. Ich glaub, es heisst plastische Chirurgie wegen dem Plastic. Es gibt so viele Schönheits-OP wie noch nie, vor allem bei jungen Frauen. Wieso wollen immer mehr junge Frauen als läbige Barbies rumlaufen? Dasch doch gaga. Klar ich mach auch chli Sache: Beinhaare, Damenbart, Pedicüre, Schminke und so. Aber das ist ja immerhin nur äusserlich. Ausserdem bin ich erwachsen und damit hoffentlich halbwegs zurechnungsfähig.

**HIER UND JETZT.** Aber die jungen Frauen, die sich snapchaten, instagramen, tiktoken und posten, die sind in einer sehr empfindlichen Phase. Sonst brauchte es ja keine Influencer. Die gibt's nur, weil es auch influenzbare Leute gibt. Zum Beispiel das 16jährige Meitli Michelle, das sich, seit sie 13 ist, die Lippen aufsprit-

zen lässt und jetzt für eine Brustvergrösserung spart. Sie sagt: «Ich lebe im Hier und Jetzt. Darum mache ich das. Wenn ich alt bin, bin ich eh hässlich.» Also für das Hier und Jetzt kann sie wirklich nichts. Das Hier und Jetzt ist halt schon krass, wo alt als hässlich gilt und die Leute erst 30 Föteli machen, bis sie endlich so aussehen, wie sie wirken wollen, und das Bild dann noch bearbeiten. Ich mein, wie sollen wir uns da noch gut fühlen, einfach so, wie wir sind?

**HUERE DÜRENAND.** Man sieht ja die meiste Zeit gerade nicht so aus wie auf dem einen bearbeiteten Superfoti. Aber am Schluss haben alle das Gefühl, die 99 Prozent normalen Momente seien die falschen und nur der eine bearbeitete Moment sei der echte. Und das gibt ein huere Dürenand. Und Druck, gerade auf die Frauen. Und Schlauchbootlippen. Und irgendwann ist fertig, und unsere Implantate und Schlauchboote landen im Meer, und die jungen Wale verderben sich den Magen. Deshalb bini gäge Schönheitsoperationen.

### Irgendwann landen die Schlauchbootlippen im Meer.

Roland Kessler strahlt: Er ist der 20 000. Baubüezer, der mit 60 in Pension kann

# «Jetzt fühle ich mich frei!»

29 Jahre chrampfte Roland Kessler als Baggerfahrer. Jetzt tauscht er den Bagger gegen seinen Töff ein – und braust davon.

CHRISTIAN EGG

Wenn er übers Töfffahren spricht, beginnen seine Augen zu leuchten: «Am Sonntagmorgen über den Col des Mosses kurven, es gibt nichts Schöneres», sagt der Sensler aus Plaffeien FR. Die Kraft der Maschine! Die Geschwindigkeit! «Vor allem in der Kurve. Auf der Geraden bringt's ja nichts.» Schon seit der Jugend ist das Töfffahren Roland Kesslers Leidenschaft.

Und jetzt geht's erst richtig los mit der Yamaha. 29 Jahre lang chrampfte der Baggerfahrer auf den Baustellen, jetzt geht er mit 60 in Rente. Dank der frühzeitigen Pensionierung auf dem Bau (siehe unten). Unia-Mitglied Kessler ist just der 20 000., der von dieser historischen Errungenschaft profitieren kann.

## DIE GROSSEN MASCHINEN

Roland Kessler ist ein Bauernsohn, er macht zuerst die Landwirtschaftsschule. Und schon dort faszinieren ihn die Maschinen. Er sagt: «Ehrlich gesagt, mehr als die Tiere.» Nach der Stifiti arbeitet er drum als Mähdrescherfahrer. Und wechselt dann zu einer Gartenbaufirma als Baggerfahrer, wo er aber nur auf kleinen Baustellen arbeitet. «Das war mir zu wenig anspruchsvoll», sagt er. Er wollte richtig baggern. Mit grossen Maschinen. Und wechselt zur Freiburger Baufirma Brodard. Wo er blieb, 29 Jahre lang.

In den letzten Jahren arbeitete er meist im Tiefbau, mit einem 27-Tonnen-Bagger. War aber gleichzeitig Chef der Equipe vor Ort. Das sei eine Spezialität seiner Firma, sagt Kessler: «In einer grossen Bude sitzt der Maschinist fast den ganzen Tag in der Kabine. Ich konnte immer wieder raus und habe so alles mitbekommen, was auf der Baustelle läuft.»

Vielfältig sei die Arbeit gewesen. Hier für eine Kanalisation ausbaggern, dort für eine Hofzufahrt oder für eine unterirdische Stromleitung. Heute könne er durch den Kanton Freiburg fahren und fast alle fünf Kilometer sagen: «Diese Strasse habe ich auch schon mal aufgerissen.»

## DIE KNIE SCHMERZEN

In den letzten Jahren spürte es Kessler immer öfter in den Knien, vor allem im Winter. Schmerzen. Müsste er jetzt noch 5 Jahre bis zur regulären Pensionierung weiterchrampfen, er wäre «wahrscheinlich kaputt», wie er sagt.

Als die Frühpensionierung auf dem Bau letzten Sommer auf der Kippe stand, ging Kessler deshalb an die grosse Baudemo in Zürich. Für die Rente 60. Er ging als einziger aus seiner Firma. Und es war die erste Demo in seinem Leben. Er sagt: «Es war mir wichtig. Je mehr Leute an der Demo sind, desto mehr Eindruck macht es.»

So war das auch. Ende 2018 kam die Einigung der Sozialpartner zustande: Die Rente 60 gesichert! Jetzt sagt Roland Kessler «adieu zäme!» Er strahlt: «Sonst war ich oft bedrückt und angespannt. Jetzt fühle ich mich frei.» Sagt's und braust mit der Yamaha davon. Ein Easy Rentner.

ADIEU ZÄME! Nach 29 Jahren auf dem Bagger geht Roland Kessler mit 60 in Pension.

FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

## Postauto: Erfolg für Chauffeure

BERN. Stress, Gratisarbeit und kaum Pausen: Der Druck auf die Postauto-Chauffeurinnen und -Chauffeure ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Einer von ihnen sagte letzten Frühling zu work: «Die Pause reicht nicht einmal für aufs WC.» Jetzt gelobt die neue Postauto-Leitung Besserung: Künftig sollen Chauffeure mehr Zeit abrechnen können. Etwa für Nebenarbeiten wie den Sicherheits-Check oder das Putzen des Fahrzeugs. Ohne Druck ging das nicht: Rund 1300 Mitarbeitende hatten letztes Jahr zusammen mit der Gewerkschaft Syndicom eine Petition gegen Gratisarbeit eingereicht und hartnäckig verhandelt.

## Ursula Nold ist die neue Migros-Präsidentin

ZÜRICH. Erstmals in ihrer Geschichte hat die Migros eine Frau an der Spitze: Ursula Nold,



URSULA NOLD: Sie ist die erste Frau an der Migros-Spitze.

Fachhochschuldozentin und viele Jahre Präsidentin der Migros-Delegiertenversammlung, hat sich durchgesetzt. Die Migros ist die grösste private Arbeitgeberin der Schweiz. Die Unia fordert nun, dass sie unter Nold bei der Lohngleichheit vorwärtskommt. Sie soll eine Lohnanalyse durchführen und «damit dem Privatsektor ein Beispiel sein».

## Kahlschlag: 400 Zeitungszusteller verlieren Job

AARAU. Dieser Kahlschlag in der Medienbranche trifft die Schwächsten: Weil der CH-Media-Verlag seine Sonntagzeitungen einstampft (zum Beispiel die «Zentralschweiz am Sonntag»), verlieren voraussichtlich 400 Zeitungsausträgerinnen und -austräger ihren Job. Sie sind bei der Presto AG angestellt, die zu 100 Prozent der Post gehört. Die Gewerkschaft Syndicom fordert für die Betroffenen eine angemessene Entschädigung und soziale Absicherung.

## Neue Studie über sexuelle Belästigung

BERN. Niemand weiss, wie oft es heute in der Schweiz zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz kommt. Die letzte Studie dazu stammt nämlich aus dem Jahr 2007. Damals gaben 30 Prozent der befragten Frauen an, schon einmal belästigt worden zu sein. Eine neue Studie ist längst überfällig. Das findet jetzt auch der Nationalrat. Er hat einen entsprechenden Vorstoss angenommen. Der Bund muss jetzt neue Zahlen erheben. Auch zur sexuellen Belästigung im öffentlichen Raum. Die wurde in der Schweiz nämlich noch gar nie untersucht.

## FAR auf dem Bau: Durchbruch am Baregg

Seit 16 Jahren gibt es auf dem Bau den vorzeitigen Altersrücktritt. Eine Erfolgsgeschichte.

Es brauchte mehrere Anläufe und harte Verhandlungen bis zur Rente 60 im Bau. Den Durchbruch brachte schliesslich die Blockierung des Baregg隧nels: Am 4. November 2002 legten 2000 streikende Bauarbeiter das Nadelöhr im Schweizer Autobahnnetz lahm. Mitten im Feierabendverkehr ging anderthalb Stunden lang gar nichts mehr. Wenige Tage später einigten sich die Gewerkschaften GBI und Syna mit

den Baumeistern auf den flexiblen Altersrücktritt (FAR). Ein Meilenstein in der Schweizer Sozialgeschichte. Er war auch bitter nötig: Nur gerade jeder fünfte Bauarbeiter erreichte damals gesund das Rentenalter 65. Das war nicht hinnehmbar.

**EINMALIG.** Im Juli 2003 war es dann so weit: der erste konnte mit 60 in Pension. Und heute ist Roland Kessler schon der 20 000. Eine einmalige Erfolgsgeschichte, die auch Unia-Bauchef Nico Lutz aufstellt: «Keine andere Branche kennt eine ähnlich breit abgestützte Frührentenlösung. Sie

macht den Bauberuf attraktiv.» Wer mit 60 in Pension geht, bekommt rund 75 Prozent des letzten Lohnes. Es haben alle Anspruch auf die Frühpensionie-

«Die Rente mit 60 macht den Bauberuf attraktiv.»

UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

rung, die mindestens 15 Jahre im Bauhauptgewerbe gearbeitet haben, die letzten sieben Jahre vor der Pensionierung ohne Unterbruch. (che)



Biberli meint: «Rente gut, alles gut!»

## SBB und Banken Oben abzocken, unten auspressen

CS-Chef Tidjane Thiam kassierte letztes Jahr ein Gehalt von 12,7 Millionen Franken. Er trat sein Amt 2015 an – seither reihte er Abbauprogramm an Abbauprogramm – und halbierte den Aktienkurs. UBS-Chef Sergio Ermotti sahnte im vergangenen Jahr 14,1 Millionen Franken ab. Er trat sein Amt 2011 an und bekam damals noch 6,4 Millionen. Die UBS wies 2018 einen Gewinn von 4,9 Milliarden US-Dollar aus – und kassierte im Februar 2019 in Frankreich eine Busse von 5,1 Milliarden Franken wegen



**BANKEN:** UBS-Chef Sergio Ermotti (links) und CS-Chef Tidjane Thiam.

Steuerdelikten. Die Bank zieht das Urteil weiter. Die Beispiele zeigen: Die «Anti-Abzocker»-Initiative von Thomas Minder hat kaum etwas bewirkt, ausser dass in ihrem Nachgang der Schaffhauser Gurgelwasserproduzent (Trybol) in die SVP-Fraktion des Ständerates gespült wurde. Ansonsten wird oben abgezockt und unten ausgepresst wie eh und je. Profitlogik halt. Und diese zieht seit einigen Jahren auch bei den staatsnahen Betrieben ein.

**MILLIONEN-MEYER.** Ganz vorne dabei: SBB-Chef Andreas Meyer. Die Leistungen von Meyer sind aus Sicht der Mitarbeitenden und der Reisenden durchgezogen – vorsichtig formuliert. Ein paar Stichworte: Preise rauf, Pünktlichkeit runter, lottrige Infrastruktur, Desaster bei der Fernzugbeschaffung, Stellenabbau und Jobauslagerungen in prekäre Temporärstellungen, Druck auf die Mitarbeitenden. Spitze ist einzig Meyers Gehalt: über 1 Million Franken pro Jahr. Das war schon oft ein Thema. Denn schliesslich ist die SBB ein Unternehmen im Besitz des Bundes und damit Volkseigentum.

Die neue Innenministerin Simonetta Sommaruga wollte jetzt zumindest ein Zeichen setzen und Meyers Lohn um 4 Prozent senken. Leicht unter eine Million.

**MASERATI-RIBAR.** Das kam bei Meyer nicht gut an. Er drohte offenbar mit Kündigung und fand in SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar eine Fürsprecherin. Ribar ist jene Frau, die sich einen öffentlichen Parkplatz beim Bahnhof Rüschi ZH für ihren Maserati zum persönlichen Privatparkplatz umwidmen liess, als sie SBB-Präsidentin wurde. Und Ribar ist auch jene Frau, die in heikle Geschäfte um abgeflossene Milliarden beim angolanischen



**SBB:** CEO Andreas Meyer (links) und Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar.

Staatsfonds verwickelt ist. Ihr Geschäftspartner sass rund ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Das heikle Mandat hatte Ribar im Wahlprozedere zur SBB-Präsidentin zu melden «vergessen».

Das Powerplay von Meyer und Ribar machte der Bundesratsmehrheit offensichtlich trotzdem Eindruck. Meyers Lohn wird nicht gekürzt.

Für die jüngeren unter den Lesenden: Andreas Meyer ist der erste «CEO» der SBB. Vorher leiteten «Generaldirektoren» die Bundesbahnen. Mit Stolz und Verve – und zum halben Lohn. Es war eben doch nicht alles schlechter früher. CLEMENS STUDER

## Das Bündnis für den Frauenstreik wird immer breiter: Auch die Katholikinnen wollen streiken



**EINFACH HIMMLISCH!** Wenn Frau will, steht alles still. Die Engel des Malers Raffael in der Sixtinischen Kapelle in Rom. FOTO: ZVG

### Mehr als fünfzehn Organisationen rufen inzwischen zum Frauenstreik am 14. Juni auf, von links bis bürgerlich.

PATRICIA D'INCAU

Die Organisatorinnen vom Women's March haben schon zugesagt. Sie hatten nach der Wahl von US-Präsident Donald Trump in Zürich und Genf grosse Frauenprotestmärsche organisiert. Mit dabei ist auch Amnesty International. Genauso wie die Grünen, die SP und die Rentnerinnen von der Grossmütterrevolution. So wie der bürgerliche Frauendachverband Alliance F, der 400 000 Frauen vertritt. Er organisiert am 14. Juni einen Anlass im Bundeshaus und ruft seine Mitglieder dazu auf, auch an anderen Streikaktivitäten teilzunehmen.

Und jetzt haben auch die Katholikinnen beschlossen: Am 14. Juni werden die Kirchen pink. Am 15. und 16. Juni auch. Gleich drei Tage lang will der katholische Frauenbund (SKF) streiken. Das sind 600 Vereine mit insgesamt 130 000 Mitgliedern, die finden: Gleichstellung kann nicht vor der Kirchentür enden. Wann sonst sollten sie also streiken, wenn nicht am Wochenende, wenn an den Altären Hochbetrieb herrscht?

SKF-Sprecherin Kathrin Winzeler sagt es so: «Die Gleichberechtigung ist in der katholischen Kirche nicht vorhanden. Noch nicht einmal auf dem Papier.» Alle bedeutenden Posten seien bis heute Männern vorbehalten. Das stört die Kirchenfrauen. Aber auch, dass Papst Franziskus Abtreibung mit einem Auftragsmord

gleichsetzt. Und dass der Vatikan zu wenig tut, um sexuellen Missbrauch zu sanktionieren. Da komme vieles zusammen, sagt Winzeler: «Es brodeln.» Am 14. Juni soll das hör- und sichtbar werden. Auch die Evangelischen Frauen (EFS) und die IG feministische Theologinnen unterstützen das. SKF-Frau Winzeler ist überzeugt: «Je mehr Organisationen am Frauenstreik teilnehmen, desto wirkungsvoller wird er.»

### FRAUENVEREINE UND KURDINNEN

Das sieht auch Béatrice Bürgin so. Sie ist Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Frauen (SGF), dem Dachverband der Frauenvereine. Mitte März haben auch sie den Frauenstreik beschlossen. Bürgin sagt: «Der

Entscheid ist breit abgestützt.» Im SGF sind Frauen aus dem ganzen politischen Spektrum vertreten. Und sie wollen am 14. Juni vor allem die viele unbezahlte Arbeit sichtbar machen. «Der Löwenanteil wird noch

immer von den Frauen geleistet», sagt Bürgin. Das sei gerade auch bei den Frauenvereinen so. Vor allem seien Frauenvereine aber auch Orte der Solidarität: «Im Verein kommen Frauen zusammen, tauschen sich aus und helfen einander.» Diese gegenseitige Unterstützung sei zentral. Gerade auch beim Frauenstreik.

Um die Solidarität geht es auch den Kurdinnen. Sie waren von Anfang an bei den Streik-

vorbereitungen dabei. Für Özen Aytac von der kurdischen Frauenbewegung ist klar: «Der Kampf der Frauen endet nicht an der Landesgrenze.» Auf der ganzen Welt würden sich Frauen gegen Unterdrückung und Gewalt wehren. Es gehe darum, diese Kämpfe zu verbinden. Aytac nennt das Beispiel von Rojava. Ein syrisches Gebiet, in dem die Kurdinnen und Kurden den IS besiegt und ein neues System etabliert haben. Kein kapitalistisches, sondern ein wirtschaftlich und politisch demokratisches. Mit der Frau als gleichberechtigter Akteurin. Aytac: «Alle wichtigen Posten dort sind als Co-Leitung besetzt. Mit einer Frau und einem Mann.» Denn eine freie Gesellschaft «könne es nur mit der Freiheit der Frauen geben».

### DIE WIRTSCHAFTSFRAUEN

Die Überwindung des Kapitalismus sei «ganz sicher nicht» ihre Sache, sagt Claudine Esseiva. Die freisinnige Berner Politikerin sitzt im Zentralvorstand der Business and Professional Women (BWP), des grössten Wirtschaftsfrauenverbands der Schweiz. Schliesslich seien sie «allesamt Geschäftsfrauen». Dennoch «werden wir am 14. Juni dabei sein».

Geplant sei ein eigenes Positionspapier. Die Forderungen: bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Frauen in den Chefetagen und Lohngleichheit. Für Esseiva ist klar: Nachdem das Parlament letztes Jahr alle Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten zu Lohnanalysen verpflichtet hat, «muss jetzt die Wirtschaft ran».

## Bündner Baufirma hat Schlechtwettergelder unrechtmässig bezogen: Die Belege stimmten ganz und gar nicht

### Eine Bündner Baufirma muss 776 133 Franken an die Unia-Arbeitslosenkasse zurückzahlen.

RALPH HUG

Es geht um unrechtmässig bezogene Schlechtwetterentschädigung. Die Bündner Baufirma hatte eine solche für die Monate Februar und März 2015 sowie Januar bis März 2015 bei der Arbeitslosenkasse der Unia angemeldet. Und dort Gelder im Umfang von gut einer Million Franken bezogen. Wenig später ordnete das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Betriebskontrolle an. Es kamen erhebliche Unregelmässigkeiten ans Licht. Die erstellten Monatsstundenblätter stimmten nicht mit den Rapporten und Abrechnungen überein. Weiter stiessen die Prüferinnen und Prüfer auch auf nachbezahlte Mittagzulagen.



FOTO: KEYSTONE

Diese gaben Anlass zur Vermutung, dass während der Schlechtwettermonate doch gearbeitet wurde. Das Seco verlangte daraufhin die Rückerstattung von Entschädigungen im Umfang von 776 133 Franken, weil sie unrechtmässig bezogen worden seien.

**AUSREDEN.** Die Firma focht die Verfügung an, der Streit kam vor das Bundesverwaltungsgericht. Dieses bestätigt nun den Rückzahlungsbefehl. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig, es kann

**BAU-SKANDAL:** Eine Bündner Firma bezog zu Unrecht Hunderttausende Franken von der Arbeitslosenkasse der Unia. (Symbolbild)

der Rückzahlung muss sie auch noch Verfahrenskosten in Höhe von 10 000 Franken berappen.

**BÜNDNER BRÄUCHE.** Nach dem Skandal mit dem Engadiner Baukartell wirft dieser Fall erneut ein schlechtes Licht auf die Bräuche in der Bündner Bauwirtschaft.

Allerdings kommt es bei der Schlechtwetterentschädigung oft zu Unstimmigkeiten. So musste eine Wetziker Firma 2016 rund

**Dieser Fall wirft erneut ein schlechtes Licht auf die Bündner Bauwirtschaft.**

61 000 Franken zurückzahlen, vor fünf Jahren ein Gartenbauer aus dem Aargau 34 000 Franken und im gleichen Jahr eine Zürcher Gipserfirma gar 954 000 Franken.



**JUBILÄUM: Die ILO sorgt für Standards für menschenwürdige Arbeit und wird das auch in Zukunft tun.** FOTO: KEYSTONE

## Die Briefträgerin & die Reorganisation

Die Distributionsbasis ist schliesslich doch am alten Ort geblieben. Hier bereiten die Briefträgerinnen und Briefträger die Post vor und nach. Die Ökonomie gab den Ausschlag. «Geographisch ist alles beim alten», denkt die Briefträgerin. «Aber sonst blieb kein Stein auf dem gewohnten.» Reorganisation. Die Teams wurden neu zusammengesetzt, viele sprachen



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

# 100 Jahre Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Stachel im Fleisch des Kapitalismus

**Und immer wieder kassiert die Schweiz von der ILO eine Rüge. Mag sie den Geburtstag dieser wichtigen Uno-Tochter deshalb nicht feiern?**

RALPH HUG

Grosse Party in Berlin: Am 12. März feierte die Prominenz den hundertsten Geburtstag der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) lobte die Institution als «Vorkämpferin für menschenwürdige Arbeit». Und die Schweiz? Hier ist der runde Geburtstag der Uno-Tochter kein Thema. Obwohl sie in Genf zu Hause ist. Auch dass die ILO derzeit eine neue Norm gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ausarbeitet, ist den Medien keine Notiz wert. Trotz #MeToo.

### ARBEIT IST KEINE WARE

Kein Wunder, denn die offizielle Schweiz hat zur ILO ein eher gespanntes Verhältnis. Jährlich kassiert sie von ihr nämlich eine Rüge, weil sie die Normen für den Schutz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten verletzt (siehe Artikel unten). Auch kritisiert die ILO regelmässig das geschönte Bild der Arbeitslosigkeit. Nach ihrer international anerkannten Messmethode ist diese in der Schweiz

doppelt so hoch, als sie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) verkündet. Denn das Seco rechne die Ausgesteuerten und Älteren auf Arbeitssuche nicht ein.

Seit je ist die ILO ein Stachel im Fleisch des Kapitalismus. Ihre Aufgabe ist es, Standards für menschenwürdige Arbeit aufzustellen. Damit steht sie im Dauerkonflikt mit der Wirtschaft. ILO-Generaldirektor Guy Ryder muss auch im Jubiläumsjahr anmahnen: «Arbeit ist keine Ware!»

### VIEL HEUCHELEI

Die Genfer Organisation verdankt ihre Geburt dem Vormarsch des Sozialismus am Anfang des 20. Jahrhunderts. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs drohte in Europa der soziale Umsturz. Da schien es dem Bürgertum angezeigt, die aufständischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu besänftigen. Noch vor dem Völkerbund entstand im Januar 1919 die ILO.

Mit ihrer Schaffung wurde eine langjährige Forderung der Arbeiterbewegung erfüllt: Weltweit sollen Standards für gute Arbeit gelten, und alle Patrons stehen in der Pflicht. Rasch setzte sich der Achtstundentag durch. Aber nur im Westen und nicht in den Kolonien. Dort sind auch Zwangs- und Kinderarbeit noch weit verbreitet.

Schon 1951 stellte die ILO den Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» als Kernarbeitsnorm auf. Mehr als ein halbes Jahrhundert später

ist sie immer noch nicht umgesetzt. So muss die ILO mit einer Realität leben, die stets hinterherhinkt. Inzwischen hat sie 189 Abkommen erarbeitet und zählt 187 Mitgliedstaaten. Auch die Schweiz. Verletzen diese die aufgestellten Arbeitsstandards, müssen sie sich rechtfertigen und kommen in den jährlichen Berichten schlecht weg.

Im Moment fokussieren die Genfer Arbeitswächter auf die Globalisierung. Explizit sollen auch die Gesamtarbeitsverträge gestärkt werden. Luca Cirigliano vom Gewerkschaftsbund würdigt dies: «Nur die ILO ist fähig, wichtige Inputs für eine sozialere Globalisierung zu geben.»

Im Juni findet in Genf die Jubiläumskonferenz der ILO statt. Der Bundesrat schickt Seco-Sonderbotschafter Jean-Jacques Elmiger ins Rennen um das Präsidium der Konferenz. SGB-Fachmann Cirigliano sagt: «Wir unterstützen diese Nomination.» Elmiger soll laut Seco die «gut funktionierende Sozialpartnerschaft als Erfolgsmodell der schweizerischen Wirtschaft» loben. Also eine PR-Aktion des Seco. Aber auch eine gute Gelegenheit, Druck wegen des fehlenden Kündigungsschutzes zu machen.

**«Nur die ILO ist fähig, Inputs für eine sozialere Globalisierung zu geben.»**

LUCA CIRIGLIANO, SGB

schweizerischen Wirtschaft» loben. Also eine PR-Aktion des Seco. Aber auch eine gute Gelegenheit, Druck wegen des fehlenden Kündigungsschutzes zu machen.

## ILO rügt Schweiz: Lahmer Kündigungsschutz

Der Streit ist alt, doch verbessert hat sich nichts. Vor über zehn Jahren reichte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein. Thema: antigewerkschaftliche Kündigungen. Zum Beispiel beim Detailhändler Manor, wo die Verkäuferin Marisa Pralong entlassen wurde. Oder beim Medienkonzern Tamedia, der den Journalisten Daniel Suter vor die Tür gestellt hatte. Beide waren aktive Gewerkschaftsleute.

Die Gerichte segneten die unfairen Rausschüsse ab. Das liegt am dürftigen Arbeitnehmerschutz im Schweizer Obligationenrecht (OR): Wenn ein Chef missbräuchlich kündigt, zahlt er in der Regel nur zwei bis drei Monatslöhne, maximal sechs. Und die Sache ist erledigt. Dieser zu schwache Schutz muss verbessert werden, sagt die ILO und fordert einen

wirksamen Schutz von Vertrauensleuten der Gewerkschaften in den Betriebskommissionen, aber auch in den betrieblichen Pensionskassen. Deshalb rügt die ILO in ihren Länderberichten die Schweiz.

Zwar hat der Bundesrat 2010 einen zaghaften Reformversuch unternommen: er wollte die Strafe für antigewerkschaftliche Kündigungen auf zwölf Monatslöhne erhöhen. Doch die Wirtschaftslobby blockte ab. Und sie mauert bis heute. Die ILO fordert nicht nur höhere Strafen, sondern je nach Lage auch die Wiedereinstellung der zu Unrecht Entlassenen.

**STREIKRECHT.** Falls weiterhin nichts geschieht, drohen der Schweiz die schwarze Liste der ILO, aber auch eine Verurteilung durch den Gerichtshof für Menschenrechte. Das wäre ausgerechnet für den Standortstaat der ILO

ziemlich peinlich. Inzwischen hat auch noch die Gewerkschaft VPOD bei der ILO Klage eingereicht, wegen Verletzung des Streikrechts. Der Fall geht auf den Arbeitskampf beim Neuenburger Spital La Providence 2012 zurück. Die Leitung hatte damals alle Streikenden fristlos entlassen. Die Mitarbeitenden hatten gegen eine drohende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch den Verkauf der Klinik an Private protestiert.

**Die Schweiz hat 45 ILO-Abkommen nicht unterzeichnet.**

Das zeigt: Die ILO ist als übergeordnete Instanz für die Arbeitnehmenden wichtig. Besonders für die schwächsten. Doch ganze 45 ILO-Abkommen hat die Schweiz bisher nicht unterzeichnet. (rh)



«SCHWEIZ ENTLÄSST STREIKENDE»: Protest von Spital-Mitarbeitenden vor der ILO in Genf, 2012.

erschrocken von «Fleischmarkt». Denn die ehrgeizigsten Teamleader schnappten sich die schnellsten Leute, andere blieben ungläubig und verletzt als zweite Garnitur zurück. Auch der Computer war ein Rechner. Er nahm

sich die Touren vor. Zwecks Steigerung der Zustelleffizienz. «Wir Briefträgerinnen und Briefträger mussten die Routen nachvollziehen und überprüfen», denkt die Briefträgerin ein wenig hämisch. «Denn der Computer weiss nicht, wo es Treppen hat oder andere für das Fahrzeug unpassierbare Hindernisse. Noch weiss er es nicht.»

Dann der Tag der Umsetzung: ein happiger Arbeitssamstag! Brutal gar für die, die hinaus mussten: Die Maschine in Härkingen hatte zur Entlastung der kommenden Woche B-Post vorgezogen. Drinnen wurden die Sortiergestelle umplaciert und mit neuer Beschriftung versehen. Ohrenbetäubendes Hämmern, destruktiv im Wortsinn: Das Bestehende wurde niedergemacht.

**EINZIGARTIGES ETWAS.** Bisher befand sich unter jedem Loch im Gestell eine kleine angenietete Schiene. Ein so einzigartiges Etwas wie einst die Wählscheibe des Telefons. In diesen Schienen steckten die Beschriftungstreifen. Jetzt werden sie angeklebt, warum, ist nicht recht klar. Vielleicht, damit die neuen Matrixcodes bessere Geltung erhalten. Ein paar Kollegen und – hörbar entschlossen! – einige Kolleginnen, hauten die Schienen von den Gestellen. Die Briefträgerin gehörte zur Abschab- und Neubecklebequippe. Die Post spendierte Wasser und Sandwiches. Und am Feierabend ein Bierchen, mit oder ohne. Die Vorsortier- und Sortiergestelle sind nun reorganisiert. Kein Haus ist mehr da, wo es war, keine Reihenfolge gilt wie zuvor. Die alten Sortierhässinnen und -hasen stehen vor den Löchern wie einst am ersten Tag.

Die folgende Woche wurde nahrhaft. Das vernahm die Briefträgerin von den Kolleginnen und Kollegen auf der Strasse. Sie selber baute Überzeit ab, und dann wurde auch sie reorganisiert. An einen neuen, noch unvertrauten Ort. Sie hat es im Rahmen des Möglichen selbst so gewählt. «Bestimmen in allem Bestimmwerden», denkt die Briefträgerin. «Diesen Spielraum heisst es zu nutzen.»

## Für oder gegen die EU? Darum geht es nicht

Sind Sie für oder gegen Europa? Eine beliebte, aber zu simple Frage von Medien und Meinungsbefragterinnen. Die Antwort erfolgt je nachdem, an welchen Teil der EU-Politik die Befragten gerade denken: an die Asylpolitik, die Sparpolitik oder den Studentenaustausch. In der EU bleiben oder raus aus der EU? Auch diese Frage ist be-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

liebt. Aber es ist interessant: Seit dem Brexit-Desaster in Grossbritannien wollen immer weniger raus aus der EU, insbesondere

### Wollen wir ein marktliberales oder soziales Europa?

die nationalistische, harte Rechte vieler Länder nicht mehr. In Italien etwa will der stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini inzwischen sogar die Führung der EU übernehmen, um dort eine noch schärfere Abschottungspolitik gegen Muslime, Menschen aus Afrika usw. durchzusetzen.

**GEFANGENE LINKE.** Mehr oder weniger Europa? Noch so eine Entweder-oder-Frage. In ihr war vor allem die europäische Linke gefangen. Die einen fordern mehr Kompetenzen und ein starkes Budget für die EU. Andere wollen im Gegenteil Kompetenzen von Brüssel abzügelnd – im Namen der nationalen Souveränität. Aber auch diese Fragestellung verdeckt bloss, worum es wirklich geht. Nämlich: Wollen wir ein marktliberales Europa oder ein soziales, nachhaltiges, demokratisches? Wenn die EU vor allem den schrankenlosen Binnenmarkt pusht und wenn sie wirtschaftliche Probleme mit Totsparen lösen möchte, dann sind immer mehr Leute EU-kritisch. Anders, wenn die EU die sozialen Rechte der Menschen aus- und das Sozialdumping abbaut. Wenn sie investiert in Umwelt und Arbeitsplätze. Und wenn sie dabei die Leute mitbestimmen lässt. Dann begreifen diese, dass eine starke EU auch ihnen nützt. Dann begreifen sie auch: Weder der Klimawandel kann national bekämpft werden, noch können wir Multis wie Google national zur Kasse bitten. Beides geht nur transnational.

**GEMEINSAMER KAMPF.** Für ein soziales Europa kämpfen heute die europäischen Gewerkschaften, zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften. So verlangt der Europäische Gewerkschaftsbund «ein gerechtes Europa für die Lohnabhängigen» und zeigt damit auch auf, wem es nützen soll. Diesem Kampf haben wir uns in der Schweiz angeschlossen. Wenn wir hier für den Schutz der Arbeitnehmerrechte kämpfen, dann ist das nicht gegen die EU. Wir sind vielmehr Teil desselben Kampfes.



Hast du kurzfristige Arbeitseinsätze und findest deswegen keine Kinderbetreuung? Verdient dein Arbeitskollege mehr als du, obwohl ihr den genau gleichen Job macht? Bekommst du zu wenig Respekt für deine Arbeit? Hilf mit, auf die Ungleichbehandlung von Frauen aufmerksam zu machen, und erzähl uns deine Geschichte.

[www.frau-streikt.ch](http://www.frau-streikt.ch)

# Tausende müssen im Verborgenen leben, weil sie keine gültigen Papiere haben. Der Kanton Genf hat das geändert – und bereut nichts Sans-papiers dürfen ans Licht



ERFOLG: Die Operation Papyrus ebnet Sans-papiers den Weg in die Legalität.  
FOTO: KEYSTONE

Mit der «Operation Papyrus» geht der Kanton Genf seit zwei Jahren einen neuen Weg: Fast 1900 Sans-papiers wurden inzwischen «regularisiert». Es ist die Geschichte eines migrationspolitischen Erfolgs.

PATRICIA D'INCAU

Am 21. Februar 2017 gibt es für Tausende in Genf plötzlich Hoffnung. Der Kanton gibt den Startschuss für die «Operation Papyrus». Ein Projekt, das Menschen

ohne gültige Papiere erstmals eine echte Chance gibt, mit einem legalen Status in der Schweiz zu leben.

«Papyrus» hat zwei Ziele. Erstens: jenen Menschen, die ihren Lebensunterhalt selber verdienen,

den Weg in die Legalität zu ebnet. Zweitens: Schwarzarbeit zu bekämpfen. Dadurch, dass jene Arbeitgeber belangt werden, die Sans-papiers ausnutzen.

### KLARE KRITERIEN

Damals lebten schätzungsweise 13 000 Sans-papiers im Kanton Genf. Mindestens 76 000 sind es in der ganzen Schweiz. Sie haben permanent Angst: Fallen sie auf, droht die Ausschaffung. Dazu gehört der ehemalige Saisonier aus Mazedonien genauso wie die philippini-

### «Zum ersten Mal leben die Betroffenen ohne permante Angst.»

ALLESANDRO PELIZZARI, UNIA GENF

sche Putzfrau und die Serviceangestellte aus Brasilien. Auch wenn sie schon Jahre in der Schweiz leben, arbeiten und ihre Kinder hier zur Schule gehen: die Chance, eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung zu bekommen, ist für sie gering.

Erstens, weil sie aus einem sogenannten Drittstaat kommen. Und zweitens, weil sie keine Managerinnen und Spezialisten sind und deshalb nicht als Fachkräfte gelten. Das strenge Ausländergesetz bietet praktisch nur eine Möglichkeit: ein Härtefall-Gesuch. Wann für die Behörden ein Härtefall auch ein «Härtefall» ist, ist aber kaum definiert.

2017 änderte Genf genau das: Der Kanton legte klare Kriterien fest. Sie lauten: völlige finanzielle Unabhängigkeit, ein Aufenthalt von mindestens fünf bis zehn Jahren, keine Einträge im Betreibungs- und im Strafregister und gute Französischkenntnisse (sogenanntes Niveau A2).

### LEBEN OHNE ANGST

Heute, zwei Jahre später, ist das Pilotprojekt beendet. Und zwar mit Erfolg. Fast 1900 Sans-papiers haben neu eine Aufenthaltsbewilligung B. Darunter 566 Eltern und 610 Kinder, die meisten aus Südamerika, aus dem Balkan und den Philippinen. Weitere Dossiers werden derzeit noch geprüft. Bis Ende Jahr werden vermutlich rund 3500 bis 4000 Menschen ihren Status reguliert haben. Während bisher

nur gerade vier Gesuche gescheitert sind.

Die Freude ist gross, auch bei der Unia Genf. Sie hat Hunderte Sans-papiers bei ihrer Gesuchsein-gabe begleitet. Unia-Mann Alessandro Pelizzari sagt: «Für die Betroffenen ist das der Wahnsinn. Zum ersten Mal leben sie ohne die permanente Angst, von heute auf morgen alles zu verlieren.» Dass darunter auch Unia-Mitglieder sind, freut Pelizzari besonders.

Denn die Aufenthaltsbewilligung bedeutet für Sans-papiers auch: mehr Rechte in der Arbeitswelt. Pelizzari erklärt: «Sans-papiers sind auf Gedeih und Verderb auf die Arbeitgeber angewiesen. Jetzt können sie sich besser wehren. Zum Beispiel, wenn der Chef unter dem Mindestlohn bezahlt oder die Sozialversicherungsbeiträge nicht abrechnet.»

### ARBEITGEBER GEBÜSST

Auch hier hat die «Operation Papyrus» gewirkt. Rund 1000 zusätzliche Arbeitsmarktkontrollen wurden in den letzten zwei Jahren durchgeführt. Alle Sans-papiers, die ein Gesuch einreichten, mussten ihren Arbeitgeber nennen. Dieser wurde vom kantonalen Amt für Arbeit automatisch geprüft. Auf Schwarzarbeit und Lohndumping. Die meisten Kontrollen betrafen die Hauswirtschaft (75 Prozent), die Gastrobranche (6 Prozent) und den Bau (5 Prozent). In einem Fünftel der Fälle stellten die Behörden Verstösse fest. Der Grossteil dieser Firmen hat die Sozialbeiträge und Lohndifferenzen inzwischen nachbezahlt. Die Verweigerer bekommen jetzt eine Busse.

Finanziell hat sich das für den Kanton gelohnt: Die Sozialversicherungsbeiträge der Regularisierten stiegen innert zweier Jahre um 4,5 Millionen Franken. Die Brutto-lohnsumme von rund 52 Millionen auf rund 73 Millionen. Und: Aus Sans-papiers sind nun Steuerzah-lende geworden.

Weil sich das System bewährt hat, wird es nun weitergeführt. Mit nur leichten Anpassungen. Weitere Sans-papiers werden so eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Für Unia-Mann Pelizzari ist klar: «Genf zeigt, dass es geht. Jetzt müssen auch die anderen Kantone nachziehen.»

## Der politische und juristische Druck der Unia hat gewirkt Nach 10 Jahren: Bund zahlt endlich wieder AHV-Renten nach Kosovo aus

Zehn Jahre Diskriminierung gegen Kosovo sind bald zu Ende. Doch es gibt dabei zu viele Geprellte.

RALPH HUG

Die Wende kam im letzten Juni. Der Schweizer Botschafter Jean-Hubert Lebet und Kosovos Arbeits- und Sozialminister Skender Reçica unterzeichneten in Prishtina ein Abkommen. Danach zahlt die Schweiz wieder AHV-Renten und IV-Gelder nach Kosovo aus.

2010 hatte die Schweiz die Zahlungen gestoppt. Dies nach einer fremdenfeindlichen Kampagne von rechts wegen angeblicher Betrugsfälle. Eine beispiellose Diskriminierung begann. Gegen kein anderes Land der Welt ging Bern so rüde vor.

Betroffen waren rund 112 000 kosovarische Landsleute. Viele von ihnen arbeiten hart auf dem Bau. Und nun war ihnen plötzlich im Pensionsalter die Rückkehr in die Heimat verwehrt. Wer trotzdem ging, erhielt schlicht keine AHV-Rente. Und auch keine Familienzulagen oder IV-Leistungen.

**UNIA KLAGT.** Die Unia ging gegen diese fremdenfeindlich motivierte Willkür politisch und rechtlich vor. Mit einer Petition sowohl an den Bundesrat als auch an die Behörden in Kosovo mit mehreren Tausend Unterschriften. Zudem gab das Bundesgericht der Unia recht: Das Abkommen mit Kosovo müsse weiterhin angewendet werden. Der Bund hatte sich hartnäckig dagegen gewehrt.

Letzte Woche hat der Ständerat dem neuen Abkommen zugestimmt. Es wird voraussichtlich ab 2020 angewendet. Auch die SVP-Rechte hat ihren Widerstand aufgegeben. Kosovo

### «Ich bin erleichtert. Aber einige Hundert Menschen bleiben geprellt.»

OSMAN OSMANI, UNIA-MIGRATIONSFACHMANN

habe jetzt einen funktionierenden Staat, hiess es. Unia-Migrationsfachmann Osman

Osmani ist erleichtert. Aber er kritisiert: «Es gibt leider keine Rückwirkung.» Er schätzt, dass einige Hundert Menschen um ihre AHV geprellt bleiben. Wegen Notlage erhielten bisher über 6000 Betroffene Rückerstattungen.



Pikant: Deutschland richtete stets Renten nach Kosovo aus. Und auch der Fonds zur Frührentierung auf dem Bau (FAR) zahlte standlos. Und das ohne Probleme.



UNERSCHROCKEN: Die algerische Jugend fordert in Algerien ein Ende der «Zombie-Diktatur» von Präsident Bouteflika. FOTO: GETTY

Algerien: Massendemonstrationen gegen die Militärs

# Tanz auf dem Vulkan

**Algeriens Junge machen ihre Revolution. Kreativ und gewaltfrei. Die Generäle versuchen, ihr brutales System zu retten.**

OLIVER FAHRNI

Auf den Strassen von Algerien und in 45 anderen Städten riefen Millionen Menschen: «Haut ab!». Schluss mit Präsident Abdelaziz Bouteflika, Schluss mit den Generälen, weg mit dem System. Seit seinem Schlaganfall vor sechs Jahren spricht Bouteflika (82) nicht mehr. Sein Blick ist leer. Der Mann stirbt ewig. Er ist eine Präsidentenattrappe, hinter der sich sein Clan und das algerische Machtkartell verbergen. Auf einem Plakat stand: «Wer zieht die Fäden der Mumie?»

Am 26. März liess die Armee Bouteflika fallen. Generalstabschef Gaid Salah, bisher ein enger Vertrauter des Präsidenten, sagte, Bouteflika sei geistig und physisch unfähig, das Land zu führen.

Es ist der Moment aller Gefahren. Mustapha Bouchachi, der algerische Menschenrechtsanwalt, vermutet hinter dem Sturz Bouteflikas ein Manöver der Generäle, um das System zu retten. Bei Redaktionsschluss am 27. März hatten diverse Gruppen schon dazu aufgerufen, die Demos am Freitag weiterzuführen.

Seit fünf Wochen fordern sie das Ende der Diktatur: Studenten und Arbeiterinnen, Anwältinnen und Arbeitslose, islamische Bärte neben Feministinnen. Sehr viele Frauen, manche mit Kopftuch, andere in Jeans und Lederjacke wie eine 17-jährige Ballerina, die in rosa Ballettschuhen vor algerischer Flagge Spitze tanzt. Auf Transparenten steht: «Game over!».

## ALGERIEN BEFREIEN

Algerien, die Gequälte, gibt sich ein neues Gesicht. Diese Massendemos sind kreative Feste. Es wird viel gesungen, etwa «Youm Echâab» («der Tag des Volkes») mit dem Refrain «Befreit Algerien!». Oder die Spottgesänge aus den Fussballstadien, wo sich die Regimekritik noch formulieren konnte: «Diebe, ihr habt das Land gefressen.» Der Westen wird vor Interventionen wie etwa in Libyen gewarnt: «USA, Hände weg von unserem Öl!» und «Macron, kümmere dich um deine gelben Westen!». Und immer wieder ertönt der Slogan «Silmiyya, silmiyya!», «friedlich, gewaltlos!». Die Demonstrierenden reichen Blumen, sie sammeln Abfall

ein. Sie wissen, dass sie auf dem Vulkan tanzen. Algeriens Obristen schrecken noch nie vor einem Massaker zurück (siehe Text rechts). Nur ist diesmal etwas anders, stellt die algerische Psychoanalytikerin Karima Lazali fest: «Die Mauer der Angst ist gefallen.» Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25. Sie hat weder den Befreiungskrieg gegen Frankreich noch den Bürgerkrieg nach 1991 erlebt. Sie ruf: «Generäle, beim ersten Blutstropfen kommt ihr vor Gericht.»

## DER FEIND IST DIE «HOGRA»

Nichts an dieser Revolution ist unerwartet. Ihr gingen Rebellionen in allen Landesteilen voraus. Seit 18 Monaten bereiteten Streiks der unabhängigen Gewerkschaften

## «Die Mauer der Angst ist gefallen.»

KARIMA LAZALI

das Terrain vor. Tausende von lokalen Komitees reagieren auf jede Bewegung des Regimes. Die politischen Parteien werden auf Distanz gehalten: «Wir trauen nur uns selbst.» Es ist auch keine Hungerrevolte. Der arabische Frühling nach 2010 brach hier nicht durch, weil das Regime den sozialen Frieden erkaufte. Mit billigen Krediten, Wohnungen, Sozialhilfe, ein paar Brosamen von den 1000 Milliarden Dollar Ölgeld, die Algeriens Oligarchie in 15 Jahren für sich behielt, statt das Land aufzubauen.

Inzwischen wurden die Subventionen gestrichen. Immens reiche Militärs und Oligarchen liefern sich Verteilungskämpfe. Korruption regiert und übermächtige Sicherheitsdienste verbreiten Willkür. Zehntausende junge Algerierinnen und Algerier müssen ihre Lebenschancen im Ausland suchen. Ihr Feind ist die «hogra», die Verachtung der Herrschenden.

Erst malten die Kolonialherren das Bild von brutalen, ungebildeten Massen, dann übernahmen die eigenen Militärs die Karrikatur. Jetzt zeigen diese Jungen Klarheit, strategisches Mass, die Kraft einer gewaltlosen Revolution. Es ist ihre zweite Dekolonialisierung. Die algerische Schriftstellerin Kaouthar Adimi sagt: «Wir kommen aus einem langen Tunnel. Niemand mehr wird uns aufhalten.»

Algerien war das Vorbild der Befreiungsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre. Unter einem Aussenminister namens Bouteflika. Jetzt zittern die Potentaten der arabischen Welt erneut.

## Algerien: Eine blutige Geschichte

R., Arzt in der Stadt Constantine im Osten Algeriens, machte seinen Militärdienst. An einem Freitag musste sich seine Truppe mit Bärten und langen Gewändern verkleiden. Sie fuhren in die Berge und massakrierten ein Dorf, vom Neugeborenen bis zur Greisin. Das algerische Regime schrieb die Greueltat den Islamisten zu. R. desertierte, wurde von der algerischen Militärpolizei geschnappt und gefoltert. Am Ende flössten sie ihm Säure ein. Er überlebte. Das war in den späten 1990er Jahren, auf dem Höhepunkt des «schmut-



«ES GIBT NUR EINEN HELDEN, DAS VOLK»: Strassenszene in Algerien, 1962.

zigen Kriegs» der Militärjunta gegen die eigene Bevölkerung, bei dem mehr als 150 000 Menschen starben und Zehntausende verschwanden.

**BEFREIUNG UND PUTSCH.** Was damals geschah, ist heute gut dokumentiert durch Menschenrechtsorganisationen und die Zeugnisse ehemaliger Militärs. Es war, wie der algerische Ökonom Omar Benderra sagt, «eine innere Kolonialisierung» als Fortsetzung einer blutigen Geschichte. Algerien, 42 Millionen Menschen, ist das grösste Land Afrikas. 1962 befreite sich das Land aus der französischen Kolonialherrschaft. Der Preis war hoch, französische Militärs töteten mehr als eine halbe Million Menschen (1 Million Tote, sagen algerische Quellen). Das Land wurde zum Leuchtturm der anticolonialen Befreiungsbewegungen rund um den Globus. 1988 erzwangen blutig unterdrückte Jugendrevolten die Demokratisierung. Die islamische Heilsfront (FIS) gewann die Wahlen. Darauf machte der Putsch einer Militärjunta 1992 der Demokratisierung ein Ende, es folgten die «10 schwarzen Jahre». 1999 setzten die Generäle Abd al-Aziz Bouteflika als neuen Präsidenten ein. (off)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## ENTFREMDUNG

Wie in fast allen Schweizer Städten sind auch in Genf die Zahnarzttarife horrend. In das benachbarte Frankreich auszuweichen nützt nichts. Bis hinunter nach Lyon haben sich die Zahnärzte dem schweizerischen Tarifkartell angeschlossen. Fast ein Sechstel der Bevölkerung der Republik Genf kann sich keine Zahnbehandlung mehr leisten. Die Partei der Arbeit, die Sozialisten und

**«Man kann die politische Macht nicht übernehmen, ohne zuvor die kulturelle Macht erobert zu haben.»**

ANTONIO GRAMSCI

die Gewerkschaften hatten daher eine kantonale Initiative lanciert.

Ihr Ziel: die Schaffung einer öffentlichen Zahnarztversicherung. Am 10. Februar verwarf das Genfer Stimmvolk mit einem Mehr von 54,2 Prozent die Initiative. Die Genfer Zahnarztvereinigung hatte viele Millionen Franken investiert. Autobusse, Trams und Plakatwände waren zugestrichelt mit so absurden Sprüchen wie: «Diese Versicherung zerstört die Qualität der Zahnmedizin».

**IM PROPAGANDAGEWITTER.** Die Entfremdung der abhängigen sozialen Klassen ist der grösste Sieg der herrschenden kapitalistischen Oligarchien. Entfremdung bedeutet: sich selber fremd werden. Die Menschen stimmen frei und unabhängig gegen ihre eigenen Interessen. Die Schweizerinnen und Schweizer sind ein politisch hochgebildetes Volk. Aber im Propagandagewitter der Oligarchie werden sie regelmässig zu entfremdeten Lakaiinnen und Lakaien.

Nehmen wir die eidgenössischen Abstimmungen der letzten Jahre. Das Volk hat geheim und freiwillig gegen die Einführung eines Mindestlohns, gegen die Erhöhung der AHV-Renten, gegen eine öffentliche Krankenversicherung, gegen die Begrenzung der Managerlöhne und gegen die Einführung einer zusätzlichen Ferienwoche gestimmt. Wer die Massenmedien beherrscht, beherrscht das Kollektivbewusstsein.

**DIREKTE DEMOKRATIE.** Seit November letzten Jahres gehen in Frankreich jeden Samstag Zehntausende aufgebracht Menschen auf die Strasse, um gegen die Ausbeutung und die himmelschreiende Ungleichheit zu protestieren. Eine ihrer zentralen Forderungen heisst «référendum d'initiative citoyenne» (RIC). Für die Gelbwesten ist die Schweiz ein Vorbild. Und es stimmt: Die Instrumente der direkten Demokratie – Referendum und Volksinitiative – sind eine Errungenschaft der Zivilisation. Heute ist überall auf der Welt die von Jean-Jacques Rousseau 1762 in seinem Werk «Der Gesellschaftsvertrag» konzipierte repräsentative Demokratie am Ende. Die Gelbwesten vertrauen weder ihren Abgeordneten, welcher Partei auch immer, noch ihrem Präsidenten Emmanuel Macron. Sie wollen die sofortige Einführung der direkten Demokratie.

Schweizerinnen und Schweizer sind dieser Tage häufig eingeladene Gäste bei den Versammlungen der Gelbwesten. Auch ich tue in Nizza, Toulouse oder Grenoble mein Möglichstes, um die eidgenössischen Institutionen zu erklären. Aber ich dämpfe auch den Enthusiasmus der Aufständischen. Antonio Gramsci war ein kluger Philosoph, ein unabhängiger Geist und ein unbeugsamer Revolutionär. Im faschistischen Kerker schrieb er 1936: «Man kann die politische Macht nicht übernehmen, ohne zuvor die kulturelle Macht erobert zu haben.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

## Politiker: Kasse machen dank Krankenkassen

Wie stark die Krankenkassen-Lobby ist, zeigt sich auch daran, wie zahlreich in den zuständigen national- und ständerätlichen Kommissionen jene Mitglieder sind, die direkt von Krankenkassen Geld auf ihre Konten überwiesen bekommen. Sie sind unten aufgeführt. Wenn work auch die indirekt verbandelten Mitglieder oder gar alle direkt und indirekt mit den Kassen verhängten Parlamentarierinnen und Parlamentarier zeigen wollte, brauchte es zwei Extraseiten. [www.lobbywatch.ch](http://www.lobbywatch.ch)



**IVO BISCHOFBERGER:** Groupe Mutuel und CVP  
**HEINZ BRAND:** Santésuisse und SVP  
**RAYMOND CLOTTI:** Groupe Mutuel und parteilos



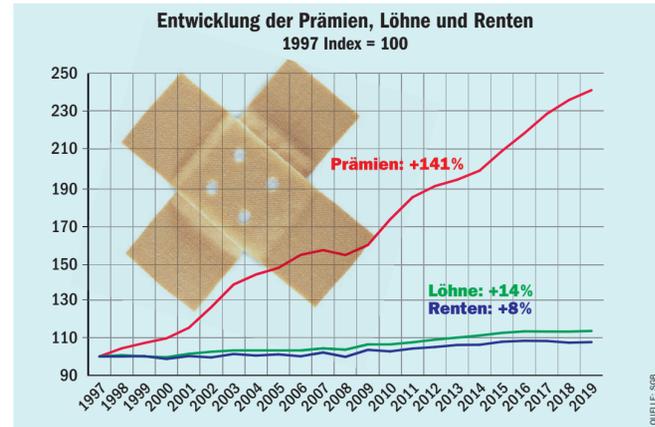
**JOSEF DITTLI:** Curafutura und FDP  
**ROLAND EBERLE:** Groupe Mutuel und SVP  
**JOACHIM EDER:** Sanitas und FDP



**SEBASTIAN FREHNER:** Groupe Mutuel und SVP  
**ULRICH GIEZENDANNER:** KPT und SVP  
**LORENZ HESS:** Visana und BDP



**RUTH HUMBEL:** Concordia und CVP  
**BRUNO PEZZATTI:** Groupe Mutuel und FDP



## Prämienverbilligungen Böse Fouls der Kantone

**Die Prämienverbilligungen sollten das Schlimmste verhindern. Doch die Kantone sabotieren das. Jetzt hat das Bundesgericht eingegriffen.**

CLEMENS STUDER

In der Schweiz ist die Krankenkasse über sogenannte Kopfprämien finanziert. Das bedeutet: Alle bezahlen in ihrer Prämienregion gleich viel für die Grundversicherung – der Millionär und die Verkäuferin. Das ist unfair und unsozial. Um diese Ungerechtigkeit wenigstens ein bisschen zu mildern, gibt es Prämienverbilligungen. 1991 gab der Bundesrat in der Abstimmungsbotschaft zum Krankenversicherungsgesetz (KVG) das Ziel vor: Die Prämien sollten nicht mehr als 8 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen.

Davon kann schon längst keine Rede mehr sein. Die durchschnittliche Belastung der Haushalte durch die Krankenkassenprämien liegt unterdessen bei über 14 Prozent, viele Haushalte müssen gar bis 20 Prozent bezahlen. Denn während die Prämien stark stiegen, froren viele Kantone ihre Beiträge an die Prämienverbilligungen ein oder senkten sie sogar. Darum bekommen heute immer weniger Menschen Prämienverbilligungen (siehe Grafik unten rechts). Und ein immer kleinerer Teil der Prämienzahlungen der Haushalte stammt aus Verbilligungen (siehe Grafik unten links).

### RADIKALE KÜRZUNGEN

Besonders dreist trieb es der Kanton Luzern. Die bürgerlichen Regierungs- und Parlamentsmehrheiten senkten die Unternehmenssteuern und stopften das dabei entstandene Riesengeld in der Staatskasse unter anderem auch mit der radikalen Kürzung der Prämienverbilligung. 8000 Familien mussten bereits ausbezahlte Prämienverbilligungen zurückbezahlen. Auf Beschwerde der SP stoppte das Bundesgericht am 22. Januar 2019 diese Sauererei und stellte klar: Die Kantone haben sich am Medianlohn\* auszurichten, was die Definition der «unteren und mittleren Einkommen» betrifft, und dürfen nicht freihändig eine Summe festlegen. Das Urteil hat auch für andere Kantone Folgen. Denn aktuell verletzen neben Luzern mindestens auch die Kantone Aargau, Bern, Glarus, Neuenburg, Wallis und die beiden Appenzell die bundesgerichtlichen Vorgaben. Die SP hat bereits angekün-

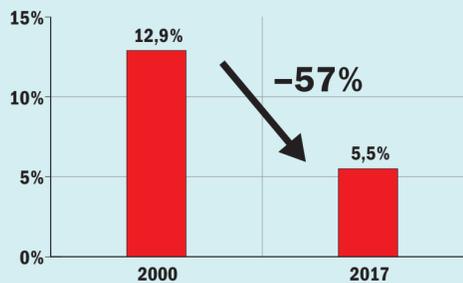
digt, auch diese zu verklagen, wenn die Kantone diesen Missstand nicht umgehend angehen.

**Ein paar Zahlen und Fakten, die zeigen, dass nicht die Versicherten die Kassen kranken lassen:**

- Nur in Norwegen gehen die Menschen noch weniger zum Arzt oder zur Ärztin als in der Schweiz.
- In keinem Industrieland müssen die Menschen mehr an ihre Gesundheitskosten aus dem eigenen Sack bezahlen als in der Schweiz.
- 2017 kassierten die Krankenkassen in der Grundversicherung 30,3 Milliarden Prämienfranken, rund 1,5 Milliarden mehr als im Jahr davor.
- 1 Prämienprozent entspricht 300 Millionen Franken.
- Von ihren Prämieinnahmen in der Grundversicherung gaben die Kassen im Durchschnitt 5,1 Prozent für die Verwaltung aus. Das sind rund 1,5 Milliarden Franken. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) definiert «Verwaltungsaufwand» als gesamten Betriebsaufwand. Dazu gehören Personalkosten, Provisionen und Werbung.
- Viele Krankenkassen-Chefs verdienen mehr als eine Bundesrätin. 2017 waren an der Abzockerspitze: Assura-Chef Ruedi Bodenmann mit 780 690 Franken und CSS-Chefin Philomena Colatrella mit 743 766 Franken.
- Makler kassierten für die Vermittlung von Grund- und Zusatzversicherungen nach Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit und Schätzungen des Internetvergleichsdienstes Moneyland mehr als eine halbe Milliarde Franken im Jahr.
- Die Gelder für die Prämienverbilligungen sind zum Spielball rechter Kantonsparlamente geworden. Elf Kantone geben heute für Prämienverbilligungen weniger Geld aus als noch vor 10 Jahren – obwohl die Bevölkerung gewachsen ist und die Prämien explodierten.
- Die Schweiz ist in Europa fast das einzige Land, dessen Grundversicherung nicht in erster Linie über Steuern oder über Lohnbeiträge finanziert wird.

\* Die Hälfte der Haushaltseinkommen liegen über diesem Wert, die Hälfte darunter.

### Der Finanzierungsanteil der Prämienverbilligungen sinkt\*



\* Anteil der gesamten Ausgaben für individuelle Prämienverbilligungen (d. h. ohne Prämienleistungen der EL/Sozialhilfe und ohne ausstehende Forderungen im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben für Prämien). Quelle: OKP-Statistik BAG.

### Die durchschnittliche Prämienbelastung einer Familie steigt (nach Verbilligung)\*



\* Prämienbelastungen nach Verbilligung im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen, für den Beispielhaushalt einer Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 70 000 Franken. Quelle: Prämien-Monitoring BAG

# Dauerangriffe auf die solidarische Grundversicherung Kranke Politik, kranke Kassen

**Vorerst keine höheren Mindestfranchisen: Die SVP knickte ein. Wegen der Wahlen im Herbst. Doch die rechte Krankenversicherungspolitik bleibt krank.**

CLEMENS STUDER

Das war keine scharfe Linkskurve, das war eine rechte Spitzkehre: Am 22. März versenkte die SVP zusammen mit SP und Grünen höhere Krankenkassenfranchisen in der Schlussabstimmung. Das Geschäft sah vor, die Mindestfranchise regelmässig und automatisch um 50 Franken zu erhöhen. Das hätte für die grosse Mehrheit der Versicherten dazu geführt, dass die Fixkosten für die Krankenkasse zusätzlich zu den Prämien regelmässig gestiegen wären. Höhere Franchisen heisst für die Mehrheit der Versicherten schlicht: höhere Fixkosten. Besonders gelitten hätten untere und mittlere Einkommen und schwer- und chronisch-kranke Menschen. Die ökonomisch Schwächeren, Schwachen und Schwächsten. Diese Stiefel wollte sich die SVP dann so kurz vor den Wahlen doch nicht anziehen. Vor allem auch deshalb nicht, weil das Referendum von links bereits vor der Schlussabstimmung beschlossene Sache war und nach einem Internetauftritt bereits über 30 000 Unterschriften zugesagt waren.

### SVP, FDP, GLP und Versicherungen wollen solidarische KVG kaputt machen.

Die automatische Erhöhung der Franchisen war bereits die quasi abgespeckte Variante des eigentlichen bürgerlichen Plans: die Mindestfranchise gleich in einem Schritt auf 500 Franken zu erhöhen. Da kamen die kalten Füsse bereits ein bisschen früher: Am Vorabend der Debatte im Nationalrat stellte die SVP den Antrag, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Damit sollte die Franchisenerhöhung zwar auf parlamentarischen Agenda bleiben, aber erst nach den Wahlen vom Herbst behandelt werden. Die Mehrheit des Rates wollte von dieser Verzögerungstaktik nichts wissen – und tags darauf wollten dann auch eine Mehrheit der rechten Nationalrätinnen und Nationalräte nicht mehr Sozialabbau betreiben. Obwohl sie in den vergangenen zwei Jahren in grosser Einnütigkeit die Abbauvorlagen vorangetrieben haben.

### DECKMANTEL «SELBSTVERANTWORTUNG»

Die beiden Geschäfte stehen exemplarisch für den Umgang der rechten Parlamentsmehrheit und der Versicherungslobby mit der obligatorischen Krankenversicherung. Sie haben die Grundversicherung für alle nie gewollt. Und seit sie da ist, wollen sie ihre Leistungen möglichst tief und ihre Kopfprämien möglichst hoch halten – damit das Geschäft mit den Zusatzversicherungen besser läuft. Ganz ähnlich wie bei der Altersvorsorge. Unter dem Deckmantel der «Selbstverantwortung» nehmen die rechten Parteien und die sie grosszügig finanzierenden Krankenkassen und Versicherungen die obligatorische Krankenversicherung unter Dauerfeuer. Ganz so, als wären Arztbesuche und Operationen ein Hobby der Versicherten. Und meistens sind es Nebenschauplätze, die medienwirksam aufgebauscht werden. Mal waren

es die «jugendlichen Komatrinker» (wo sind die eigentlich geblieben?), immer wieder «die Ausländer», die angeblich das System ausnützen, oder die angeblichen Massen jener, die wegen jedem «Boboplatz» zur Ärztin rennen, weil «sie das persönlich fast nichts kostet». Die Fakten sagen anderes: In den Industrieländern gehen nur die norwegischen Versicherten noch weniger zum Doktor als die schweizerischen. Und die Schweizer Versicherten zahlen von allen Industrieländern am meisten aus dem eigenen Sack für ihre Krankheitskosten. Das sagen die Zahlen der OECD (siehe «Böse Fouls der Kantone»).

### NÄCHSTE STUFE

Doch (Markt-)Gläubige sind durch Fakten nicht beirrbar. Den neusten Angriff auf die Grundversicherung lancierte die Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann am letzten Tag der abgelaufenen Session. Sie fordert eine «Krankenkasse light».

Estermann schmückte sich jahrelang mit einem in der Schweiz nicht anerkannten Dokortitel light – und will jetzt eine Versicherung, die weder Chemo- noch Strahlentherapie noch Organtransplantationen übernimmt, dafür «nur» 100 Franken im Monat kostet. So eine Schrumpfkrankenkasse verlangt bereits das SVP-Parteiprogramm – dort allerdings noch ausschliesslich für Asylsuchende, Sans-papiers und vorläufig Aufgenommene. Jetzt soll sie also auch für Schweizerinnen und Schweizer eingeführt werden, die von den aktuellen Prämien finanziell überfordert sind.

Es braucht keine helleberischen Fähigkeiten: Sollte der Vorschlag durchkommen, ginge es nicht lange, und Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende würden in diese Kassenklasse gezwungen. Konkret hiesse das dann zum Beispiel: Ein 30-jähriger Mann mit Hodenkrebs und wenig Geld stirbt, sein reicher Alters- und Schicksalsgenosse überlebt mit einer Wahrscheinlichkeit von nahezu hundert Prozent. Und SVP, FDP, die rechten Grünen von der GLP und die Versicherungen wären endlich dort, wo sie schon immer hinwollten: bei der offensichtlichsten Zweiklassenmedizin – das solidarische Krankenversicherungsgesetz KVG wäre zerschlagen. Die SVP-Spitzkehre vom 22. März ist zwar

**Die rechten Parteien haben die heutige Grundversicherung für alle nie gewollt.**

### BEZAHLBARE PRÄMIEN FÜR ALLE

#### JETZT UNTERSCHREIBEN!

Dieser work-Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen der SP-«Prämien-Entlastungsinitiative» bei, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wird. Sie will, dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. [www.bezahlbare-prämien.ch](http://www.bezahlbare-prämien.ch)

bemerkenswert und ein Erfolg des linken Powerplays vor den Wahlen. Doch wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Die Angriffe auf eine bezahlbare, qualitativ gute und solidarische Krankenversicherung laufen weiter. Und werden nach den Wahlen wieder öffentlich aufgenommen. Denn was die Rechten «Selbstverantwortung» nennen, ist in Wahrheit Teil des Klassenkampfes von oben.

## Der lange Weg zur Krankenversicherung

Wie bei den meisten politischen Dauerthemen lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Und bei der obligatorischen Krankenversicherung geht diese in aller Kürze so: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich im Rahmen der Industrialisierung sogenannte Hilfskassen, die Krankheit, Invalidität oder die Folgen eines Todesfalls für Angehörige minimal absicherten. Ab den 1890er Jahren spezialisierten sich immer mehr Kassen auf die Krankenversicherung. Das war die eigentliche Geburtsstunde der heutigen Krankenkassen.

Die meisten Kassen beschränkten sich auf bestimmte Zielgruppen: die gewerkschaftlichen auf Mitglieder, die konfessionellen auf Gläubige und die Unternehmenskassen auf ihre Mitarbeitenden.

**WIDERSTAND.** Gegen alle Bestrebungen, eine nationale Lösung für ein Krankenversicherungssystem einzuführen, leistete die Kassenmehrheit erbitterten Widerstand. Mehrere Versuche scheiterten. Kantonal kam es in den folgenden Jahrzehnten trotzdem zu einigen Obligatorien. Aber nur zu wenigen öffentlichen Kassen. Unter anderem wegen der steigenden Kosten lancierte

die Linke Ende der 1960er Jahre die Debatte um ein nationales Versicherungssystem neu. 1974 wurden aber eine entsprechende Initiative und ein schwächerer Gegenvorschlag der Krankenkassen und der Ärzte vom Volk abgelehnt. Auch 1986 scheiterte ein Versuch. Erst 1996 setzte sich mit dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) ein Bundesobligatorium durch. Das Krankenversicherungsgesetz KVG setzt auch qualitative Standards und definiert Leistungen. Im Unterschied zu Ländern wie etwa Deutschland ist der Leistungskatalog aber kleiner (zum Beispiel Zahnmedizin), wird über unsoziale Kopfprämien finanziert und von einer Unzahl privater Firmen erbracht.

Politische Vorstösse für eine sozialere Einheitskasse und/oder einkommensabhängige Prämien scheiterten bisher an der millionenstarken Gegenpropaganda der Kassenlobby, die sich das Milliardengeschäft mit den Privatversicherungen nicht nehmen lassen wollen und zu den stärksten Bundeshauslobbies gehören. (cs)

**workfrage:**  
**Gesundheitspolitik: Kann man der SVP noch trauen?**

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung oder Ihre Idee zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: [work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch](mailto:work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch)



# Klimawandel: Verzicht bringt uns nicht weiter

Nur ein ganz kleiner Teil der Menschen verzichtet freiwillig auf das Fliegen oder geht vegan durchs Leben. Es braucht deshalb für den ökologischen Umbau effiziente Luft-Wasser-Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge, erneuerbare Treibstoffe, Wind- und Solarenergie.

Die protestierende, vorab studentische Jugend will bis 2030 eine klimaneutrale Schweiz. Fast alle Parteien umarmen die Jugendlichen, obwohl sie nicht im Ernst daran denken, bis 2030 aus dem CO<sub>2</sub> auszusteigen. Die Taktik der Freisinnigen, aber auch der Grünen und der SP: die Jugend umarmen und so fest an sich drücken, bis diesen noch Bewegten langsam, aber sicher der Schnauf ausgeht.

**FEGEFEUER.** Nur ein kleiner Teil der Menschen verzichtet freiwillig auf das Fliegen oder geht vegan durchs Leben. Ein ökologischer Umbau, der auf Verzicht setzt, tut der Seele gut, aber bringt uns nicht weiter. Alles erinnert etwas an jenen Ablasshandel, gegen den Martin Luther im späten Mittelalter anpredigte.

In der neuesten Nummer bringt das deutsche Solarstrom-Magazin «Photon» das Problem auf den Punkt: «Für den CO<sub>2</sub>-Ausstieg wäre der Ersatz von Kesseln und Öfen durch Wärmepumpen nötig. Die aber laufen mit Strom, was direkt zu einem heiklen Punkt führt: Praktisch alle Szenarien für eine komplett erneuerbare Energie-

versorgung, ob nun mit einem im Vergleich zu heute höheren oder niedrigeren Primärenergiebedarf, gehen von einem in Zukunft wesentlich höheren Anteil des Stromsektors aus. Elektromobilität ist ein Stichwort, ein anderes lautet «Power to gas», also die Wasserstoffproduktion per Elektrolyse zur anschließenden Methanherzeugung (oder zur direkten Verwendung in Brennstoffzellen). Praktisch immer wird eine im Vergleich zu heute nicht geringere, sondern sehr viel grössere Stromerzeugungsleistung benötigt.»

**VOGELSCHISS.** Die Schweiz muss die Atomkraftwerke abstellen. Und gesamthaft 130 Milliarden Kilowattstunden Strom produzieren. 35 bis 40 Milliarden mit den bestehenden Wasserkraftwerken. Und neu 100 Milliarden Kilowattstunden mit Strom aus Sonne und Wind. Nur so sind folgende Ziele erreichbar:

- Heizen und Kühlen des bestehenden, sanft zu renovierenden Gebäudeparks inklusive Produktion des Warmwassers vorab mittels effizienter Luft-Wasser-Wärmepumpen.
- Umstellung des gesamten privaten Fuhrparks auf elektrisch angetriebene Autos, Busse und Lastwagen. Sobald autonom gesteuerte Fahrzeuge zur Verfügung stehen, brauchen wir nicht mehr vier Millionen Autos, sondern nur mehr eine Million.
- Auf kurzen Distanzen werden sich Elektroflieger durchsetzen. Auf



**NICHT EGAL:** Die Klimajugend fordert eine klimaneutrale Schweiz. Das heisst, bis 2030 aus sämtlichen fossilen Brennstoffen auszusteigen. FOTO: KEYSTONE

mittleren und längeren Distanzen müssen die Flugzeuge mit neuen, erneuerbaren Treibstoffen unterwegs sein. Sogar im weniger sonnigen Deutschland ist aufgrund jüngster Ausschreibungen klar: Solarstrom ist günstiger als Windstrom. Den Zuschlag bekamen Anlagen, die den Strom pro Kilowattstunde für 4,4 bis 5,5 Rappen liefern. Tendenz weiter sinkend.

Früher führten alle Wege nach Rom. Heute gibt es verschiedene Möglichkeiten, die für die Schweiz notwendigen 130 Milliarden Kilowattstunden Strom halbwegs bedarfsgerecht zu produzieren:

- Wir produzieren pro Kopf 12 000 Kilowattstunden im nordafrikanischen Atlasgebirge mit Windkraft-

werken und Solaranlagen. Und transportieren diese mit unterirdischen Gleichstromkabeln in die Schweiz. Im Rahmen eines (nicht-imperialistischen) Marshallplanes, eines Konjunkturprogramms für Nordafrika.

- Wir produzieren den Strom in den Alpen mit bifazialen Solarzellen, die – ein grosser Standortvorteil – im Winter mehr Strom liefern als im Sommer.

In beiden Varianten werden sich die Kosten zwischen 100 und 150 Milliarden Franken bewegen. Ein Vogelschiss, wenn man bedenkt, dass allein die Nationalbank über einen faktischen Staatsfonds in der Höhe von 750 Milliarden Franken verfügt.

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/makroskop](http://rebrand.ly/makroskop)

Wir sind in einer neuen Phase des Kapitalismus. Die Bankzinsen liegen bei null. Trotzdem rutschen wir in eine Rezession. Weil sich niemand verschulden will. Die Haushalte können es nicht, weil zu wenig Geld ihre grösste Sorge ist. Die grossen Unternehmen sind inzwischen Sparbüchsen, welche die Aktionärinnen und Aktionäre plündern. Und politische Schuldenbremsen verhindern sinnvolle staatliche Investitionen. Die Spirale dreht sich in die falsche Richtung. Auf der Homepage von Makroskop werden verschiedene Ansätze diskutiert. Der kleinste gemeinsame Nenner: Erstens müssen die Löhne und Renten real subito steigen. Und zweitens müssen die Staaten sich verschulden, um mehr zu investieren. Etwa in den ökologischen Umbau.

● [rebrand.ly/marshall-plan](http://rebrand.ly/marshall-plan)

Auch viele Linke fordern einen Marshallplan für Afrika. Dieser Arte-Beitrag lehrt uns, die Geschichte etwas kritischer zu betrachten. Deshalb braucht es einen, wenn schon, nicht imperialistischen Marshallplan für Afrika.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

# Frauenstreik. Punkt. Schluss! Frauenstreik. Punkt. Schluss?

Eine Diskussions-Veranstaltung im Vorfeld des 14. Juni 2019, organisiert von der Gewerkschaftszeitung work und dem Denknetz

## Frauenstreik 1991–2019

Wie kam es zum Frauenstreik 1991, und was hat er bewirkt?  
Vom Women's March zu #MeToo: Was bringt die neue Frauenbewegung?  
Und wohin steuert der Frauenstreik 2019?

25. April 2019, 18 Uhr •  
Progr, Waisenhausplatz 30, Bern

Sandra Künzi Slam-Poetin und work-Frauenstreik-Kolumnistin •  
Caroline Arni Geschichtspräsidentin Uni Basel • Vania Alleva Präsidentin Unia •  
Anne Fritz SGB-Kampagnenverantwortliche Frauen\*streik •  
Franziska Stier Mitinitiatorin des «Feministischen Streiks Basel» •  
Dore Heim Frauenstreik-Mitorganisatorin 1991  
Moderation: Marie-Josée Kuhn Chefredaktorin work



Wir freuen uns auf Dein/Ihr/Euer Kommen! Eintritt frei.



Brisanter Bericht: Banken sind gigantische Klimasünderinnen

# So heizen die Banken das globale Klima auf

**Credit Suisse und UBS steckten in den letzten drei Jahren über 80 Milliarden Dollar in Öl, Gas und Kohle. Tendenz sogar steigend.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Der neue Bericht einer Allianz aus Umweltschutzorganisationen (Banking on Climate Change) bringt es an den Tag: Weltweit stellten 33 Banken rund 1,9 Billionen Dollar für Unternehmen zur Verfügung, die mit Öl, Gas oder Kohle geschäftlich.

An der Spitze des Negativ-Rankings steht die US-amerikanische JP Morgan Chase. Die Credit Suisse (CS) belegt Rang 14, die UBS Rang 25. Zusammen stellten die beiden Schweizer Grossbanken von 2016 bis 2018 83,3 Milliarden US-Dollar oder umgerechnet 82,7 Milliarden Franken zur Finanzierung von fossilen, also klimaschädlichen Brennstoffen zur Verfügung. Pikant: Seit dem Pariser Abkommen von 2015 haben diese umweltschädlichen Finanzgeschäfte sogar noch zugenommen.

## LIPPENBEKENNTNISSE

Eines der Hauptziele des Pariser Abkommens sind klimafreundlichere globale Finanzflüsse. Auch die Schweiz hat das Abkommen unterzeichnet. Trotzdem bleibt es bei vielen Banken bei Lippenbekenntnissen.

Der Bericht hat nämlich auch die Richtlinien unter die Lupe genommen, die sich die Banken in Bezug auf die Finanzierung klimaschädlicher Energieunternehmen geben. Und kommt zum Schluss: sie sind ungenügend. Die grösste Klimasünderin, die US-Bank JP Morgan Chase, hat gar keine solchen Richtlinien. Und die beiden Schweizer Grossbanken CS und UBS erhalten für ihre Richtlinien im Schnitt die zweitschlechteste Note. Ironischerweise schliessen sie



**HEISS, HEISSER, PARADEPLATZ:** Allein die in der Schweiz verwalteten Finanzgeschäfte unterstützen eine weltweite Erderwärmung von 4 bis 6 Grad. FOTO: KEYSTONE/MONTAGE WORK

in den Bereichen Kohlebergbau und Kohlekraftwerke etwas besser ab. Ironisch deshalb, weil die CS bei der Finanzierung von Kohlebergbau den unrühmlichen 5. Platz belegt.

Die Grossbank investiert übrigens auch in Deutschland, etwa im Hambacher Forst. Dort hatten sich Aktivistinnen und Aktivisten erfolgreich gegen die Pläne des deutschen Energiekonzerns RWE gewehrt, aus dem Wald eine Braunkohlemine zu machen (work berichtete). Von den

## 33 Banken investierten 1,9 Billionen Dollar in klimaschädliche Geschäfte.

zehn Banken, die RWE finanzierten, steht die CS nach der Deutschen Bank an zweiter Stelle.

Und damit nicht genug. Erstmals untersuchte die Allianz aus Umweltschutzorganisationen auch die Finanzierung von Unternehmen, die

zusätzlich zu den bestehenden auch noch neue Öl-, Gas- oder Kohlevorkommen erschliessen wollen. Und stellt fest: Von 2016 bis 2017 haben diese 33 Banken 600 Millionen Dollar in dieses dreckige Geschäft gesteckt. CS und UBS steuerten zusammen stattliche 20 Millionen Dollar bei.

## TONNENWEISE TREIBHAUSGASE

Seit letztem Jahr wissen wir 1.: Eine Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius hat noch verheerendere Folgen, als bisher angenommen. Und 2.: Um eine Erwärmung von «nur» 1,5 Grad zu erreichen, muss der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoss sofort gesenkt werden. Das sagt der Uno-Weltklimarat (IPCC).

Allein die in der Schweiz verwalteten Geschäfte unterstützen jedoch eine weltweite Erwärmung von 4 bis 6 Grad, hat das Bundesamt für Umwelt (Bafu) berechnet. Was das konkret heisst, zeigt eine 2018 erschienene Studie der Umweltschutzorganisation Greenpeace: Danach haben

CS und UBS zwischen 2015 und 2018 rund 182,9 Millionen Tonnen klimaschädliche Treibhausgasemissionen finanziert. Allein im Jahr 2017 waren die beiden für fast 94 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das sind doppelt so viele, wie die Schweiz im Inland in einem Jahr verursacht.

Greenpeace rechnet auch vor, dass CS und UBS im Verhältnis zur Bevölkerung mehr fossile Brennstoffe finanzieren als jedes andere europäische Land, nämlich 1470 US-Dollar pro Kopf. Zu Recht fordern also die Klimajugendlichen: «Die Schweiz muss bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral werden!» (siehe «Rosa Zukunft» links).

Banking on Climate Change – Fossil Fuel Finance Report Card 2019: [rebrand.ly/banken](http://rebrand.ly/banken)

Eine Analyse der von CS und UBS finanzierten Emissionen aus fossilen Brennstoffen: [rebrand.ly/greenpeace-studie](http://rebrand.ly/greenpeace-studie)

## Frauenstreik-Websites Wenn Frau streikt

Der 14. Juni naht und damit der nationale Frauenstreik. Über alle Infos zum bevorstehenden Grossanlass orientieren die beiden neuen Websites [frau-streikt.ch](http://frau-streikt.ch) der Unia sowie [www.14juni.ch](http://www.14juni.ch) des Gewerkschaftsbunds.

Mehr Lohn – mehr Zeit – mehr Respekt: So lautet die Losung für alle Frauen, die sich nicht mehr länger auf der Nase herumtanzen lassen wollen. Fakt ist, dass die Arbeit von Frauen immer noch weniger ernst genommen und schlechter entlohnt wird. Verkäuferinnen, Pflegeangestellte oder Reinigungsfrauen werden oft respektlos behandelt oder gar beschimpft. Zudem gehört Sexismus immer noch zum Alltag von Frauen.

Alle Argumente, die für einen mächtigen Streik am 14. Juni sprechen, versammelt die SGB-Website. Über die Unia-Website [frau-streikt.ch](http://frau-streikt.ch) kann nicht nur ein Newsletter abonniert werden. Es ist auch möglich, die eigenen Erfahrungen festzuhalten. Die



**JETZT REICHT'S! Frauenstreik-Grafik** von Agnes Weber. FOTO: SGB

Unia sammelt sie, auch anonym – E-Mail-Adresse genügt. Zudem informiert die Website über alle wichtigen Anlässe. Zum Beispiel über die grosse work-Veranstaltung vom 25. April in Bern (siehe Tipp unten). Oder mit einem Kurzvideo über den Internationalen Frauentag in Bern vom 8. März mit Bildern und Solidaritäts-Statements, die Mut machen.

[www.frau-streikt.ch](http://www.frau-streikt.ch), [www.14juni.ch](http://www.14juni.ch)

## Legendäres 1991 Wie kam es zum ersten Frauenstreik?

1991 streikten in der Schweiz die Frauen zum ersten Mal landesweit gegen Diskriminierung und Benachteiligung. Dieses Ereignis war ein Meilenstein im Kampf um die Gleichheit der Geschlechter. Geprägt war er von Tausenden von engagierten Frauen. Viele von ihnen waren in den Gewerkschaften aktiv. Wie kam es zu diesem legendären politischen Streik, und was hat er bewirkt? Und wie läuft der Faden von den damaligen Ereignissen zum heutigen Women's March und zur #MeToo-Bewegung?

Dazu veranstaltet work eine grosse Diskussionsrunde am 25. April in Bern. Mit Sandra Künzi (Slampoetin), Caroline Arni (Geschichtspräsidentin Uni Basel), Vania Alleva (Präsidentin Unia), Anne Fritz (SGB-Kampagnenverantwortliche Frauen\*streik), Franziska Stier (Mitinitiantin «Feministischer Streik Basel») und Dore Heim (Frauenstreik-Mitorganisatorin 1991). Moderation: Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work.

**Frauenstreik 1991–2019**, Donnerstag, 25. April, 18 Uhr, Progr, Waisenhausplatz 30, Bern.

**Frauenstreik. Punkt. Schluss!**  
**Frauenstreik. Punkt. Schluss!**

## workxl der wirtschaft

Hans Baumann



## FRAUEN SIND HÄUFIGER ARBEITSLOS ALS MÄNNER

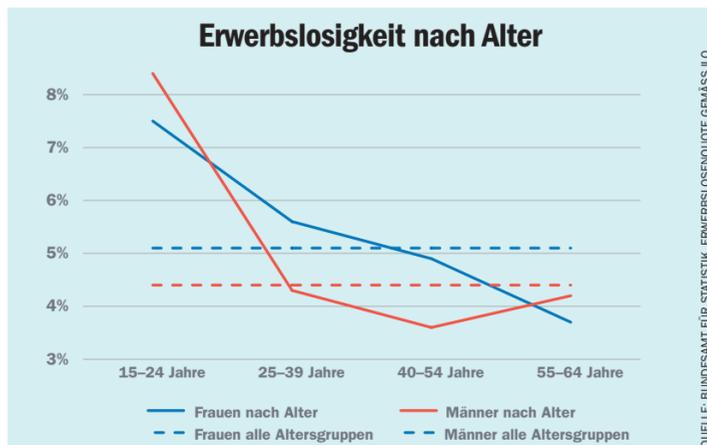
Die Erwerbslosenstatistik misst die Arbeitslosigkeit in der Schweiz gemäss einem international vergleichbaren Standard. Dabei schneidet die Schweiz nicht so gut ab, wie viele meinen. Länder wie Deutschland und Grossbritannien haben inzwischen eine tiefere Arbeitslosigkeit. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich benachteiligt, nicht nur beim Lohn. In den letzten 25 Jahren war die Frauenarbeitslosigkeit immer höher als diejenige der Männer. Seit 2004 bewegt sie sich immer etwa auf dem Niveau von 5 Prozent, und dort verharrt sie bis heute.

**UNTERBESCHÄFTIGT.** Bei den Männern schwankt die Erwerbslosenquote je nach Konjunktur viel mehr und bewegte sich zwischen 2,8 und maximal 4,8 Prozent. Zudem ist die sogenannte Unterbeschäftigung bei Frauen ungleich höher. Das heisst: Viele Frauen, die Teilzeit arbeiten, möchten eigentlich ein grösseres Pensum haben. Von

Unterbeschäftigung betroffen sind aktuell 11,4 Prozent aller erwerbstätigen Frauen. Diese Zahl ist rund drei Mal höher als bei den Männern!

**FAMILIENARBEIT.** Je nach Lebensalter ist die Betroffenheit von Frauen und Männern ganz verschieden: Nur bei den Jungen ist die Arbeitslosigkeit bei Männern mit 8,4 Prozent höher als bei Frauen. Das kann damit zusammenhängen, dass mehr Frauen an Hochschulen gehen, länger in der Ausbildung sind und noch nicht in der Statistik erscheinen.

Ab 25 dreht das. Männer finden Jobs, und die Erwerbslosigkeit halbiert sich. Bei den Frauen ist der Rückgang viel weniger stark, und die Erwerbslosenquote bleibt bis 54 markant höher als bei den Männern. Hier wirken sich offensichtlich die Erwerbsunterbrüche durch Familienarbeit aus. Es ist oft schwierig, passende Teilzeitstellen zu finden oder nach einem Unterbruch wieder in den Beruf einzusteigen.



Ab 55 sind dann Männer wieder mehr von Arbeitslosigkeit betroffen. Offensichtlich werden Arbeitnehmende in typischen «Männerberufen» eher entlassen, etwa wegen sogenannter Umstrukturierungen. Wie beim Lohn gilt auch bei der Arbeitslosigkeit, dass

der Kampf gegen Diskriminierung in erster Linie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ansetzen muss. Das nützt beiden, den Frauen und den Männern.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



**Das offene Ohr**

**Philip Thomas**  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Scheidung: Was passiert mit den AHV-/IV-Beiträgen?

**Mein Mann und ich waren mehrere Jahre verheiratet und lassen uns nun scheiden. Wir sind beide erwerbstätig. Anscheinend werden die AHV-/IV-Beiträge bei einer Scheidung gesplittet. Stimmt das, und was bedeutet das überhaupt?**

**PHILIP THOMAS:** Ja, das stimmt. Während der Ehe einbezahlte AHV-/IV-Beiträge werden bei einer Scheidung auf die beiden Ehepartner aufgeteilt – sofern sie länger als ein Jahr verheiratet waren. Diese Aufteilung nennt man Einkommensteilung oder Einkommenssplitting. Für die Einkommensteilung gelten nur die Jahre, in denen beide Ehegatten bei der AHV/IV versichert waren. Einkommen, welche die Ehepartner im Jahr der Eheschliessung und im Jahr der Scheidung erzielten, werden nicht geteilt. Das Einkommenssplitting sollten Sie gleich zu Beginn des Scheidungsprozesses beantragen. Die Aufteilung der Beiträge ist gesetzlich geregelt. Das können Sie auch mit einem Ehevertrag nicht umgehen.

## Hörgerät: Zahlt mir die AHV oder IV einen Beitrag?

**Mein Hörvermögen hat in den letzten zwei Jahren eklatant abgenommen. Mein Hals-Nasen-und-Ohren-Arzt hat eine Schwerhörigkeit festgestellt. Deshalb brauche ich ein Hörgerät. Gemäss Auskunft einer Kollegin erhalte ich finanzielle Unterstützung von der AHV oder der Invalidenversicherung. Stimmt das, und wenn ja, wo muss ich mich melden?**

**PHILIP THOMAS:** Ja, das ist richtig. Ob Sie von der AHV oder der IV eine finanzielle Unterstützung erhalten, hängt davon ab, ob Sie erwerbstätig beziehungsweise erwerbsfähig oder bereits pensioniert sind. Als erwerbstätige Person erhalten Sie von der IV einen Beitrag von 840 Franken für eine einsei-



**WIE BITTE? Wenn Sie nicht mehr gut hören, bezahlen AHV oder IV einen Beitrag ans Hörgerät.** FOTO: FOTOLIA

tige und 1650 Franken für eine beidseitige Versorgung mit Hörgeräten. Sie haben ein Anrecht darauf, Ihr Hörsystem einmal in 6 Jahren gegen ein neues einzutauschen. Seit dem 1. Juli 2018 bezahlt auch die AHV einen Pauschalbeitrag an Hörgeräte für beide Ohren, statt wie zuvor nur für eine Seite. Wenn Sie also bereits eine AHV-Rente beziehen, erhalten Sie von der AHV einen Unterstützungsbeitrag von 630 Franken für ein Hörgerät für ein Ohr und 1237.50 Franken für beide Ohren. Sie können Ihr Gerät einmal in 5 Jahren gegen ein neues eintauschen. Wichtig ist, dass ein von der IV anerkannter Facharzt oder eine Fachärztin für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde den Hörverlust diagnostiziert. Um das Geld zu erhalten, müssen Sie ein Anmeldeformular ausfüllen und dieses bei der IV-Stelle Ihres Wohnsitzkantons einreichen. Sie erhalten das Anmeldeformular bei allen IV-Stellen, Ausgleichskassen und ihren Zweigstellen oder unter [www.ahv-iv.ch](http://www.ahv-iv.ch). Gewisse Krankenkassen-Zusatzversicherungen leisten übrigens ebenfalls einen Beitrag an die Kosten von Hörgeräten. Es lohnt sich, bei Ihrer Krankenkasse nachzufragen.

# Auf Stellensuche? So bewerben Sie sich. Rücken Sie sich ins beste Licht

**Ja, Sie sind ein wunderbarer Mensch mit hoher Kompetenz und tollen Eigenschaften. Und das erzählen Sie jetzt der Firma, bei der Sie künftig arbeiten möchten!**

MARTIN JAKOB

Also dieser Job wäre jetzt wirklich perfekt auf Ihre Fähigkeiten und Wünsche zugeschnitten – den müssen Sie haben! Aber wie stellen Sie es an, dass Sie tatsächlich angestellt werden? Denn mögen Sie auch ein wunderbarer Mensch mit hoher Kompetenz und tollen Eigenschaften sein, so sind Sie wahrscheinlich doch nicht der einzige wunderbare Mensch, der sich um die Stelle bewirbt. Und darum führt nichts an einer Bewerbung vorbei, die Sie im besten Licht erscheinen lässt und Ihnen die Tür zu einem Vorstellungsgespräch öffnet.

### EIN DOSSIER, KEIN BUCH

Zunächst einmal gilt es, die Grundlagenarbeit zu einem wettbewerbstauglichen Dossier zu leisten. Erstellen Sie also den Lebenslauf nach einem gängigen Muster (siehe Text rechts, «Ihr Leben als Tabelle»). Dann stellen Sie die Dokumente zusammen, die Ihre Ausbildung und Ihre bisherigen beruflichen Leistungen belegen: Abschlusszeugnisse, Diplome, Arbeitszeugnisse.

Legen Sie zu Ihrer Aus- und Weiterbildung nur die wichtigen Abschlüsse bei. In der Regel reicht der höchste Abschluss, zum Beispiel das Diplom der höheren Fachschule. Weiterbildungen machen sich gut. Ein halbjähriger, erfolgreich abgeschlossener Projektleitungskurs gehört dokumentiert. Aber das pompöse Zertifikat einer Privatschule, das den Besuch eines zweitägigen Excel-Kurses belegt, dürfen Sie weglassen. (Dafür erwähnen Sie im Lebenslauf, dass Sie ein Excel-Crack sind.) Wichtig dagegen: die lückenlose Dokumentation Ihrer Berufstätigkeit mit Arbeitszeugnissen (siehe auch work-Tipp). Sind Sie zum Zeitpunkt Ihrer Bewerbung in ungekündigter Anstellung, verlangen Sie von der jetzigen Firma ein Zwischenzeugnis.

Nun müssen Sie diese Papiere auch noch ordentlich zusammenstellen und saubere Kopien ma-

chen – keinesfalls darf Ihr Dossier den Eindruck erwecken, es käme frisch «us de Schnöre vonere Chue». Und schliesslich digitalisieren Sie das Ganze, denn häufig sind Bewerbungen online einzu-

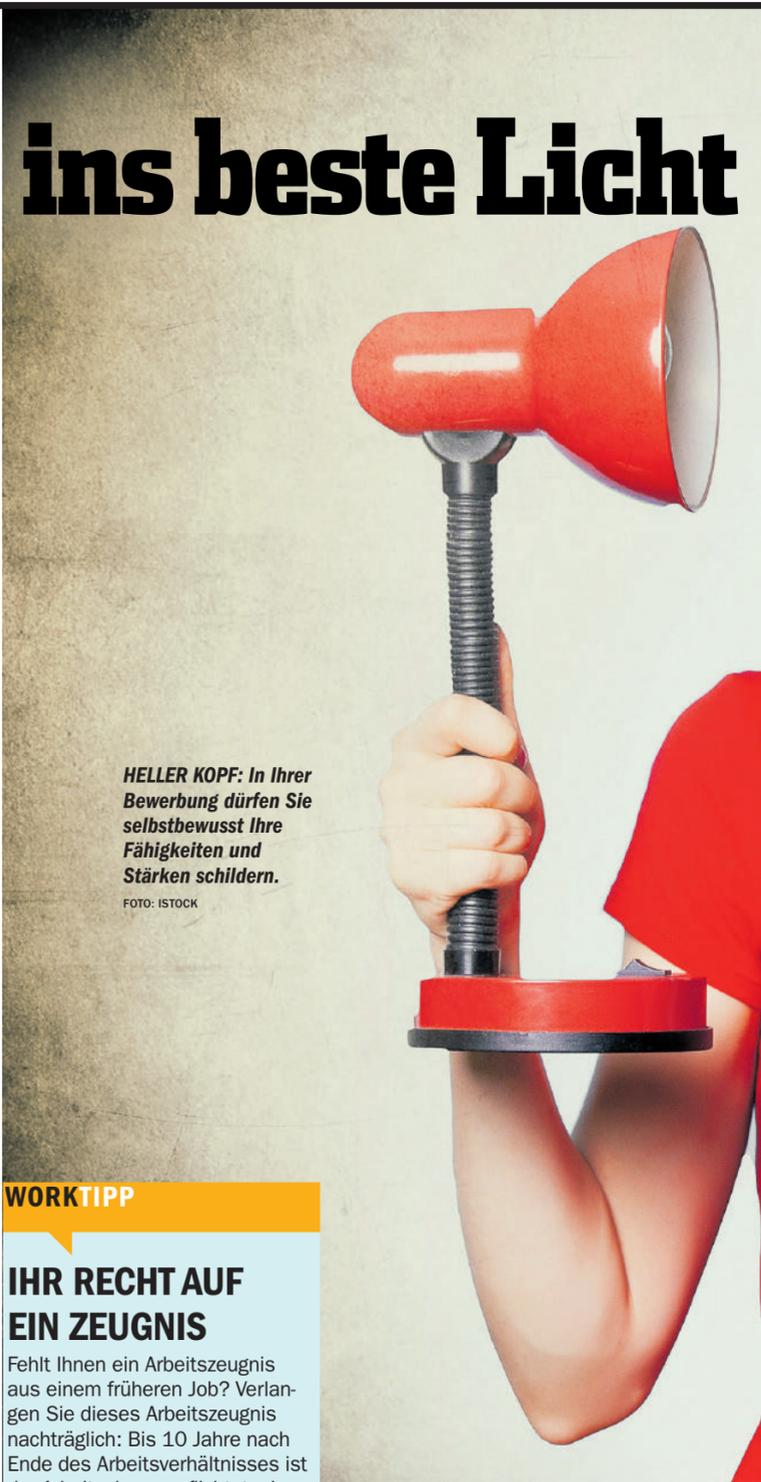
### Zu einer seriösen Bewerbung gehört eine seriöse Mailadresse.

reichen. Am besten scannen Sie alle Dokumente und verpacken sie dann mit dem Lebenslauf in ein PDF-Dokument. Achten Sie aber darauf, dass die Dateigrösse nicht über 5 Megabyte liegt, denn es gibt Mailserver, die grössere Datenmengen zurückweisen. Benennen Sie das PDF zweckmässig, zum Beispiel «Suter\_Sabine\_Bümpflic\_Bewerbung».

A propos digital: Sind Sie aktiv in sozialen Medien wie Facebook und Instagram? Prüfen Sie, ob Ihre Accounts nicht zu offen eingestellt sind. Auch wenn Sie nichts zu verstecken haben, sollten Sie Ihre Privatsphäre schützen. Hingegen können Sie durchaus Links zu Ihren Profilen auf LinkedIn oder Xing setzen. Und schliesslich gehört zu einer seriösen Bewerbung auch eine seriös klingende E-Mail-Adresse. «bungeebaerli@bluemail.ch» mag im Freundeskreis sauglatt sein, für die Bewerbung passt aber «sabine.suter@bluemail.ch» besser. Und bevor Sie eine digitale Bewerbung erstmals an eine Firma senden, schicken Sie sie probenhalber an sich selber.

### WARUM GERADE SIE?

Lebenslauf, Diplome und Arbeitszeugnisse enthalten zum einen die nüchternen Facts zu Ihrem Werdegang. Und zum andern die Urteile, welche andere über Sie gefällt haben. Was jetzt noch fehlt, ist Ihre eigene Sicht – auf Sie selbst, auf die Firma, bei der Sie sich bewerben, und den Job, den Sie haben möchten. Diese Sicht legen Sie nun im Motivationsschreiben dar. Neben dem Lebenslauf ist



**HELLER KOPF:** In Ihrer Bewerbung dürfen Sie selbstbewusst Ihre Fähigkeiten und Stärken schildern.

FOTO: ISTOCK

### WORKTIPP

### IHR RECHT AUF EIN ZEUGNIS

Fehlt Ihnen ein Arbeitszeugnis aus einem früheren Job? Verlangen Sie dieses Arbeitszeugnis nachträglich: Bis 10 Jahre nach Ende des Arbeitsverhältnisses ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein Zeugnis auszustellen (Obligationenrecht Art. 330a).

es das zweite Kernstück Ihrer Bewerbung. Das schwierigere Stück, weil Sie freier sind in der Abfassung. Grundregel: Eine Seite muss reichen! Und auf diese Seite packen Sie jetzt alles hinein, was Sie an Esprit, Charme und Chuzpe zu bieten haben. Lassen Sie spüren, dass Sie sich über das Unternehmen schon mal informiert haben und dass Sie es cool finden – heben

Sie also eine positive Eigenschaft der Firma hervor, aber schleimen Sie nicht. Machen Sie glaubhaft, dass es für beide Seiten ein Gewinn wäre, wenn es zur Anstel-

### Schreiben Sie etwas Nettes über die Firma – aber nicht schleimen!

lung käme: Sie könnten Ihre Talente in einer Aufgabe entfalten, die Sie für herausfordernd, aber lustvoll bewältigbar halten, und



**STRAND, WIR KOMMEN:** Aber erst, wenn der Ferientermin bewilligt ist. FOTO: FOTOLIA

# Ferienplanung: Wer hat das Sagen? Wie der Ueli doch

**Oft ein heikles Thema: Wer darf wann in die Ferien und wie lange? Die Firma hat das Sagen, muss aber Rücksicht nehmen.**

MARTIN JAKOB

«Also, Chef, meine Frau und ich haben gestern Korsika gebucht. Zum Schnäppchenpreis, da mussten wir sofort zugreifen. Vom 17. bis 31. August bin ich dann weg!» – «Nein, Ueli, diese Buchung kannst du gleich wieder stornieren. Im August starten wir doch den Grossauftrag von Huber & Co. In den gleichen zwei Wochen ist ja schon der Kurt weg, der hat seine Ferien aber bereits im Januar angemeldet, und ich hab sie ihm bewilligt. Da kann ich nicht auf dich auch noch verzichten.» Ui, jetzt ist aber Feuer im Dach!

Wer zieht da am Ende den kürzeren?

**CHEFSACHE.** Schnäppchen hin oder her: der Ueli hat die schlechteren Karten. Denn so steht es im Obligationenrecht, Artikel 329c: «Der Arbeitgeber bestimmt den Zeitpunkt der Ferien und nimmt dabei auf die Wünsche des Arbeitnehmers so weit Rücksicht, als dies mit den Interessen des Betriebes oder Haushaltes vereinbar ist.» Das Gesetz räumt also der Firma grundsätzlich das Recht ein, den Ferienterminpunkt für ihre Mitarbeitenden zu bestimmen. So kann sie Betriebsferien festlegen, die dann Zwangsferien für alle bedeuten. Oder für gewisse Zeiten im Jahr eine Feriensperre verfügen, zum Beispiel in Betrieben mit Hoch-

**LEBENS LAUF****IHR LEBEN ALS TABELLE**

Diese Regeln helfen Ihnen beim Verfassen Ihres Lebenslaufs:

**1. Foto:** Manche Firmen verzichten ausdrücklich auf ein Foto: Sie möchten Diskriminierung aufgrund visueller Merkmale vermeiden. Wo dieser Hinweis fehlt, sollten Sie ein aktuelles Portraitfoto integrieren. Lassen Sie sich unbedingt von einem Profi fotografieren. Lächeln und eine entspannte Haltung sind erlaubt!

**2. Umfang:** Zwei Seiten sollten reichen, bei grosser Berufserfahrung dürfen es auch drei bis vier werden.

**3. Reihenfolge:** Beginnen Sie mit den persönlichen Daten. Es folgen Aus- und Weiterbildung sowie Berufserfahrung. Ordnen Sie diesen beiden Abschnitte chronologisch, beginnend mit dem aktuellsten Eintrag. Fügen Sie Kenntnisse und Fähigkeiten an (Sprachen, IT-Kenntnisse) und schliessen Sie mit Interessen und Hobbies.

**4. Form & Formulierung:** Gestalten Sie tabellarisch übersichtlich und schreiben Sie in Stichworten. Bei den bisherigen Stellen: Firma, Stellenbezeichnung, Funktion und wichtigste Tätigkeiten. Wählen Sie eine nüchterne, gut lesbare Schrift. Arial geht immer.

**5. Vollständigkeit:** Ihr Lebenslauf sollte lückenlos sein. Waren Sie eine Zeitlang arbeitslos, nennen Sie den Zeitraum («Neuorientierung»). Haben Sie in dieser Zeit Kurse besucht oder Freiwilligenarbeit geleistet? Schreiben Sie es!

**6. Flexibilität:** Formulieren Sie zunächst einen korrekten Standard-Lebenslauf. Prüfen Sie aber bei jeder Bewerbung, ob Anpassungen ans jeweilige Stellenangebot sinnvoll wären. Zum Beispiel eine ausführlichere Erwähnung von Führungstätigkeiten, wenn die neue Stelle mit Führungsaufgaben verbunden wäre.

Mustervorlagen für einfache Lebensläufe: [rebrand.ly/cv1](http://rebrand.ly/cv1)  
Mustervorlagen für Kader- und Spezialistenlebensläufe: [rebrand.ly/cv2](http://rebrand.ly/cv2)

die Firma hätte mit Ihnen jemanden, der oder die den Anforderungen genau entspricht, und sie könnte von Ihren Erfahrungen, Ihrem Elan und Ihrer Loyalität profitieren. Und vergessen Sie abschliessend nicht, sich auf die Begegnung im Vorstellungsgespräch zu freuen.

**DER TEUFEL IM DETAIL**

Ist das Motivationsschreiben gelungen, haben Sie auch den Kürteil der Bewerbung geschafft. Bevor Sie diese absenden, unterzie-

hen Sie das Ganze noch einer Schlusskontrolle: Prüfen Sie die Vollständigkeit der Unterlagen. Lesen Sie die Stellenausschreibung nochmals durch: Haben Sie die wichtigsten Aussagen in Ihrer Bewerbung aufgenommen? Und weil der Teufel im Detail sitzt, geben Sie das ganze Dossier einer Person Ihres Vertrauens zum Gegenlesen. Stilblüten, grammatikalische und orthographische Fehler dürfen einfach nicht sein. Denn wunderbare Menschen wie Sie schiessen doch keine Böcke!

**saldo tipp** im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**UNSIKER:** 32 von 66 Handys mit Gesichtserkennung liessen sich im Test von einem Portraitfoto entsichern. FOTO: DREAMSTIME

**Handy: Das «Galaxy S10» ist leicht zu überlisten**

Die Gesichtserkennung im neuen Smartphone «Galaxy S10» von Samsung ist ein Sicherheitsrisiko: Mit einem simplen Portraitfoto oder einem Videoclip, der den Benutzer zeigt, lässt sich das Gerät knacken. Das zeigt ein Sicherheitstest des IT-Portals heise.de. Einer Prüferin gelang es sogar, das Gerät ihres Bruders mit dem eigenen Gesicht zu entsperren.

**Die Gesichtserkennung ist ein Sicherheitsrisiko.**

Viele moderne Smartphones bieten Gesichtserkennung an. Die Handykamera scannt dabei das Gesicht. Wenn es mit Ihrem gespeicherten Foto übereinstimmt, wird das Handy entsperrt. Doch im Januar zeigte ein Test des niederländischen Konsumentenmagazins «Consumenten-gids», dass 32 von 66 aktuellen Handys mit einem Bild des Benutzers zu knacken sind. Unsicher waren neben Samsung Modelle von Sony, Huawei, Nokia, LG, HTC und Motorola. Unbedenklich sind Handys von Apple, Honor und One Plus.

**BESSER MIT ZAHLENCODE.** Eine Liste mit allen von «Consumenten-gids» getesteten Handymodellen finden Sie unter [www.saldo.ch/gesichtserkennung](http://www.saldo.ch/gesichtserkennung). Den niederländischen Text können Sie sich mit [www.deepl.com](http://www.deepl.com) ins Deutsche übersetzen lassen. Tipp: Verzichten Sie auf die Gesichtserkennung und auch auf den Fingerabdruck zum Entsperren. Mit einem Zahlencode sind die Handys deutlich besser geschützt – und Sie liefern den Handyherstellern erst noch keine biometrischen Daten. MARC MAIR-NOACK

**noch nach Korsika kam**

saison (etwa im Gastgewerbe) oder wenn ein grosser Auftrag eine absehbare Auslastungsspitze mit sich bringt.

**GUTE GRÜNDE.** Allerdings schränkt das Gesetz die Willkür der Chefinnen und Chefs auch ein. Wollen sie von sich aus Ferien für Mitarbeitende festlegen, müssen sie das mindestens zwei bis drei Monate im voraus anmelden. Was also gar nicht geht: einen Teil oder die gesamte Belegschaft kurzfristig in die Ferien zu schicken, weil gerade Flaute herrscht. Zudem müssen Mitarbeitende mindestens einmal pro Jahr zwei zusammenhängende Ferienwochen nehmen können und das gesamte Ferienguthaben in der Regel im Verlauf des jeweiligen Jahres beziehen. Und schliess-

lich gilt die Pflicht zur Rücksichtnahme auf gut begründete Bedürfnisse. Zwei Beispiele: Angestellte mit schulpflichtigen Kindern sollen während der Schulferien Urlaub machen dürfen. Oder eine Mitarbeiterin, die Sport treibt und jedes Jahr im Herbst an Meisterschaften teilnimmt, soll in dieser Zeit Ferien nehmen können.

**KORSIKA TROTZ ALLEM.** Nun hat Ueli weder schulpflichtige Kinder, noch will er in Korsika wie jedes Jahr an der Amateur-WM für Deltasegler teilnehmen. Ausserdem nennt sein Chef einen triftigen Grund für die Verweigerung der Ferien: einen Grossauftrag, der nach seiner Meinung «alle Mann an Deck» erfordert. Ueli ist also stinksauer und ruft die Lilli an, seine

Frau. «Der Chef stellt sich quer, gopferdor!» ruft er aus. «Aber dann frag doch den Kurt, ob er seine Ferien verschieben könne», rät Lilli, «der macht ja immer Ferien ums Huus ume

**Betriebsferien muss die Firma frühzeitig ankündigen.**

und ist bestimmt flexibel.» Und so geschah's: Kurt tat dem Ueli den Gefallen, und der Chef stimmte dem Abtausch schliesslich zu. Denn er hatte ja sein Nein damit begründet, dass, wenn der Kurt schon weg sei, der Ueli nicht auch noch Ferien machen könne. «Aber das nächste Mal fragst du, bevor du buchst!» rät er dem Ueli. Und da hat er recht.

**FERIENLOHN DAS VOLLE GEHALT**

Die Ferien haben Sie sich verdient – und zwar zu vollem Lohn. Das heisst: Auch Schichtzulagen gehören zum Ferienlohn. Und bei unregelmässigen Lohnbeträgen – zum Beispiel, wenn der Lohn aus Fixum plus Provisionen besteht – ist der Ferienlohn auch auf den variablen Teilen geschuldet. Zur Berechnung dient in der Regel der Durchschnitt der letzten zwölf Monate.

**Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät: Darf man mir die Ferien klauen?**

**Ich arbeite im dritten Lehrjahr als medizinische Praxisassistentin. Wir arbeiten wochenweise Frühschicht oder Spätschicht. Habe ich Frühschicht, falle ich leicht ins Minus. Die Minuszeit wurde mir Ende letztes Jahr vom Feriensaldo abgezogen, obwohl ich nichts für meine Stundeneinteilung kann. Darf mir die Praxis die Ferien klauen?**

«Nein, das geht nicht. Ferien sind zwingend geschuldet, egal, wie viele Minusstunden du anhäufst und wer dafür verantwortlich ist. Lässt dich dein Chef weniger arbeiten als vertraglich geregelt, befindet er sich im An-



**Kathrin Ziltener,**  
Jugendsekretärin.

nahmeverzug: Er muss dir den vereinbarten Lohn zahlen und darf dir keine Minusstunden aufschreiben. Wenn du dich allerdings nicht zur Wehr setzt, könnte dir das Gericht vorwerfen, du seist stillschweigend einverstanden gewesen, Minusstunden anzuhäufen. Das könnte bedeuten, dass dir am Ende des Lehrverhältnisses die Minusstunden vom Lohn abgezogen würden. Teile deshalb dem Chef mit, dass du die Soll-Arbeitszeit einhalten möchtest und er dir mehr Arbeit zuweisen soll. Führt die mündliche Verhandlung nicht zum Ziel, würde ich die Forderung schriftlich stellen, damit du Beweismaterial hast.»

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?**  
Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. [www.reka-guide.ch](http://www.reka-guide.ch)

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 5  
Das Lösungswort lautete: STUNDENLOHN

F	R	A	U	I	E
F	R	A	U	I	E
U	L	K	I	G	I
S	S	L	E	G	E
S	K	I	B	L	E
L	E	R	E	D	E
A	T	M	E	N	A
N	T	N	A	M	E
A	D	E	R	M	L
L	A	S	S	O	B
P	T	T	L	I	L
N	A	R	B	E	S
O	N	O	N	U	S
E	S	T	R	A	D
E	S	T	R	A	D

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel La Campagnola, hat gewonnen: Hans Bosshard, Wängi TG. Herzlichen Glückwunsch!

work-Kolumnist (Jean)	frz. Artikel	pur, sauber	sozialdemokr. Partei d. Schweiz	Bereich d. Weltmeeres	politisch tätige Menschen	Augenblick	Schlaginstrument (engl.)	griech. Gott	sittl. Vollkommenheit (Antike)	eh. dt. Staat (Abk.)	Greifvogel	Wirkstoff des Opiums	Bedauern
			16					Heizkörper					9
Auflehnung, Protest	Geliebte des Zeus	griech. Philosoph der Antike						rote Wald- u. Gartenfrucht	2				
US-Soldat (ugs.)	Hornmasse am Tierfuss		Film von Spielberg (1982)			besitzanzeig. Fürwort					dt. Automobilclub (Abk.)	Abk.: Polyurethan	
Hände weg vom ...schutz!			dünne Schicht					mit den Augen wahrnehmen	Edelmetallgewicht	Verbrennungsrückstand			7
Spannungswandler (Kw.)	selbständiges Klöster	dt. Fussballclub		10		Zürcher Fussballclub	Verstoss gegen Gebote Gottes					männl. Fürwort	schweiz. Rheinzufuss
			brauchbar sein (sich ...)						Dreiergesangsgruppen	Spion			6
Kohlenwasserstoff	Eilboten	Plan	Anfängerin	Computertaste z. Progr.abbruch			Oratorium v. Händel † Der ...			weiches Metall			Griechen der Antike
				Abk.: Regierungsrat	griech. Mondgöttin	Ozeane					Hispanoamerikaner	Internetkürzel Ungarn	
nicht beachten									Erdzeitalter	Zeitungskonsument			4
							Wortteil: doppelt	die Sonne betreffend				Vorzeichen	Schaffensfreude
Haarschnitte	Geheimzahl b. Homebanking		Vorsilbe				Giftschlange: ...-viper				5	span. Ausruf	
und so weiter (Abk.)			schweiz. Olympiasieger (Ski)					kampfunfähig (Abk.)	Firma				8
Nein zum ...abkommen CH-EU							Anarchist † 1876 (Michail)					Kosenamen e. eh. span. Königin	
dt. Vorsilbe			Kassenprüfer in Vereinen							leicht färben			15

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) Einsendeschluss 5. April 2019

INSERAT



Tanja NOW 14.6.19



John NOW 14.6.19



Selma NOW 14.6.19



Ursina NOW 14.6.19



Philipp NOW 14.6.19



Janina NOW 14.6.19

Gib dem FRAUEN\*STREIK ein Gesicht!

Lade auf [Frau-streikt.ch](http://Frau-streikt.ch) dein Foto hoch und zeige, dass du dabei bist, oder solidarisiere dich mit den streikenden Frauen.



NOW 14.6.19

Frauen wollen Respekt – mehr Lohn – mehr Zeit!  
Deshalb streiken sie am 14. Juni in der ganzen Schweiz.  
Unterstütze den Frauen\*streik und -aktionstag.  
[Frau-streikt.ch](http://Frau-streikt.ch)



**WORKLESERFOTO**



**Spieglein, Spieglein ...**

**WANN** 19. März 2019  
**WO** Wachselordmoos bei Heimenschwand BE  
**WAS** Spiegelung  
**Eingesandt von** Barbara Mosimann, Oberhünigen BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 15.3.2019**

**Darf sich die Migros solche Mätzchen mit Mitarbeitenden leisten?**

**VÖLLIG INAKZEPTABEL**

Es ist für mich völlig inakzeptabel, was hier die Migros mit den Promotorinnen anstellt! Als Genossenschaftsbetrieb geht das erst recht nicht. Ganz besonders dann nicht, wenn man noch in der Werbung damit protzt, dass die Migros allen gehören soll. Die Migros wächst und wächst, weil sie sonst nicht weiss, wohin mit den grossen Gewinnen. Da wäre es nicht mehr als recht, die Angestellten anständig zu behandeln und gut zu bezahlen.

FRIDOLIN KNOBEL, PER MAIL

**FRAUENSTREIK**

Zum Thema Frauenstreik: Liebe Frauen, ihr seid doch auch Konsumentinnen – warum nicht auch «unsere» Migros bestreiken? Es gibt ja zum Glück auch noch andere Verkaufsläden!

HEIRI GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

**TYPISCH GAV-VERWEIGERER**

Die Migros-Verantwortlichen weigern sich hartnäckig, mit der Unia als grösster Gewerkschaft im Detailhandel einen GAV abzuschliessen. Auch das zeigt, dass die Migros-Spitze Mitarbeitendenrechte geringachtet. Da kann die Werbung noch so säuseln von wegen «gehört uns allen».

MARIE-CLAIRE KAMBER, PER MAIL

**WORKPOST**

**8 workdossier** 15. März 2019

**APPELL FÜR DEN FRAUEN\*STREIK AM 14.6.2019**

Angenommen von der nationalen Streikversammlung in Biel am 10. März 2019

1. Wir, Frauen, Leuten, Non-Binary und Transgender (LGBT), sind eine Gruppe von Arbeitsnehmenden, die in der Schweiz, generell aber weltweit, mit einer breiten Palette von Problemen konfrontiert sind. Wir sind in einem anderen Land geboren, unterschiedlicher Kultur und Herkunft, wir alle haben auf dem Frauen\*Streik am 14. Juni 2019. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung und selbst über unsere Löhne bestimmen. Deshalb werden wir am 14. Juni 2019 demonstrieren.

2. Wir sind es, die für die Gesundheit, die Ernährung und die Pflege in einem Beruf sorgen, ohne die unsere Gesellschaft und Wirtschaft nicht funktionieren können. Wir sind es, die sich um den Wohlstand der Kinder und der kranken Eltern kümmern und sorgen. Aber es fällt uns so leicht und so oft.

3. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir wollen eine Anerkennung der Franchisenehmenden und Franchisenehmerinnen. Wir wollen Sozialversicherungen, die unseren Kindern helfen. Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen, ohne dass unser Fortkommen gefährdet ist. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die uns die Möglichkeit in der beruflichen und persönlichen Arbeit geben.

4. Wir wollen einen fairen Lohn für unsere Arbeit. Wir wollen eine Anerkennung der Franchisenehmenden und Franchisenehmerinnen. Wir wollen Sozialversicherungen, die unseren Kindern helfen. Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen, ohne dass unser Fortkommen gefährdet ist. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die uns die Möglichkeit in der beruflichen und persönlichen Arbeit geben.

5. Wir wollen einen fairen Lohn für unsere Arbeit. Wir wollen eine Anerkennung der Franchisenehmenden und Franchisenehmerinnen. Wir wollen Sozialversicherungen, die unseren Kindern helfen. Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen, ohne dass unser Fortkommen gefährdet ist. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die uns die Möglichkeit in der beruflichen und persönlichen Arbeit geben.

**WORK 5 / 15.3.2019: DER FRAUENSTREIK IST LANCIERT**

**Reichtumsproblem**

Zuallererst mal ein dickes Lob – zu work allgemein – frisch, fröhlich und ein bisschen frech kommt es alle zwei Wochen daher. Das gefällt mir. Den Wechsel von Endo zu Künzi finde ich auch gelungen: Chapeau! In den 17 Punkten zum Frauenstreik fehlt mir ein Wort bei Punkt 1: Da fehlt mir der Begriff «Religion». Und bei Punkt 5 «gleich bleibendem Lohn und einem Mindestlohn»: Da fehlt mir auch der Begriff «Höchstlohn/Maximallohn». Mein Kommentar zu Punkt 1: Was man/frau nicht erwähnt, das holt uns einmal ein, wenn nicht heute oder morgen, dann sicher in 10 oder 20 Jahren. Religion ist weit mehr als Kultur. Gerade bei der zunehmenden Migration ist Religion ein entscheidender Faktor, damit das Ankommen hier bei uns in der Schweiz für Menschen aller Art, Gesinnung und Orientierung

«gelingt». Zu Punkt 5: Wir haben nicht nur ein Armutproblem (Mindestlohn, prekäre Arbeitsverhältnisse usw., worunter wesentlich die Frauen leiden), wir haben in der Schweiz ein wesentliches Reichtumsproblem. Es gibt nicht nur reiche Männer und Firmen (nicht nur im Raum Zug) – wir haben auch reiche Frauen (nicht nur die Magdalenas und die Gigis). Die Frage ist ja nicht, warum dies so ist, sondern, wie wir Bürgerinnen und Bürger damit politisch und spirituell umgehen. Wo ist die Grenze des Anstandes, des Unanständigen? Ich habe dazu leider keine definitiven Antworten, doch die Initiativen 4000 Franken Mindestlohn oder 1:12 gingen in die richtige Richtung.

RUEDI ODERMATT, STEINHAUSEN ZG

**Aufklärung**

Nummer für Nummer klärt work mit Zahlen und Fakten über die diversen Diskriminierungen der Frauen auf. In der neusten Ausgabe

zum Beispiel über jene bei der Altersvorsorge. Das ist ganz wichtig. Danke schön, auch wenn die aufgedeckten Fakten nicht schön sind

HEDY WAGNER, BRÜTTISELLEN ZH

**WORK 5 / 15.3.2019: RAHMEN-ABKOMMEN – DIE DEBATTE SPITZT SICH ZU**

**Lohnschutz schreddern?**

Vielleicht sollten alle, die seriös ihre Steuern zahlen, diese ab sofort auf einem Sperrkonto blockieren. Es ist einfach ein Hohn, was im Moment von der Politik der Bürgerlichen im Bundeshaus und in diversen Verbänden (Lobbyisten) geboten wird. In allen Bereichen entfernen sie sich von der Realität der Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmenabkommen wollen sie den Lohnschutz schreddern. Die FDP will zur Klimaführerin werden, und was machen ihre Exponenten gegen das Klima? Sie erhöhen die Strassenkapazitäten, ohne den Bedarf abzuklären. Dieselben Parteien steuern auch das Gesundheitswesen (Franchisen) auf eine Mehrklassen-Gesundheitsversorgung hin. Im Kriegsmaterial-export zeigen sie keine Scham, Waffen in dubiose Gebiete zu exportieren, nur damit die Wirtschaft weiter auf Kosten anderer die Aktionäre befriedigen kann. Die Konzernverantwortungsinitiative wollen sie zusammen mit dem Bundesrat ohne Gegenvorschlag bodigen. Ein SVP-Banker und Nationalrat erdreistet sich sogar zur Aussage, dass den Banken und anderen Sündern ermöglicht werden sollte, ihre hohen Bussgelder von den Steuern abzusetzen. Erstaunlich, wie die Partei, die sich sonst immer als

Partei des Volkes gibt, in diesem Bereich dann doch ihr wahres Gesicht zeigt. Im Herbst ergibt sich für uns alle die Möglichkeit, wieder neue, glaubwürdige und jüngere Volksvertreterinnen zu wählen. Denn gewisse Vertreter der jetzigen Belegschaft haben sich arg disqualifiziert.

BEAT JURT, WORBLAUFEN BE

**Schlauer Paul Rechsteiner**

Man muss nur richtig hinschauen: Der Angriff auf den Lohnschutz kommt ebenso aus dem Inland wie aus der EU. Zum Glück hat der damalige SGB-Präsident Paul Rechsteiner dieses traurige Spiel schon im vergangenen Sommer aufgeflogen lassen.

ROSMARIE BERGER, BERN

**Buebetrickli**

Der von der SVP für die FDP in den Bundesrat geschickte Ignazio Cassis wollte für die Schweizer Sozialabbauer die flankierenden Massnahmen kaputt machen und dazu den EU-Rahmenvertrag benutzen. Das miese Buebetrickli ging gehörig in die Hosen – dank den Gewerkschaften!

BERNHARD LACK, PER MAIL

**Schreiben Sie uns**  
 Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

**workquiz**

**Wie gut sind Sie?**

1. Pflaster I  
**Womit ist der Weg zur Hölle gepflastert?**  
 a) mit guten Feinden?  
 b) mit guten Freunden?  
 c) mit guten Vorworten?  
 d) mit guten Vorsätzen?

2. Pflaster II  
**Was ist die Bauwirtschaft im Bündnerland?**  
 a) ein heisses Pflaster?  
 b) ein hartes Pflaster?  
 c) ein heikles Pflaster?  
 d) ein heiteres Pflaster?

3. Pflaster III  
**Was ist die korrekte Anrede für die Luzerner SVP-Politikerin Yvette Estermann?**  
 a) Frau Doktor?  
 b) Frau Professor?  
 c) Frau Pathologin?  
 d) Frau Nationalrätin?

4. Pflaster IV  
**Womit pflastern die Krankenkassen ihre Politikerinnen und Politiker voll?**  
 a) mit Zander?  
 b) mit Zaster?  
 c) mit Zappa?  
 d) mit Zabaglione?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2a, 3d, 4b

FOTO: ISTOCK

**WALTER BADER  
BÄHNLER &  
TURNER**

Walter Bader (55) ist seit 1981 bei den SBB. Angefangen hat er mit einer Lehre als Kondukteur. Zur Bahn kam er eher zufällig. «Ich bin zur Aufnahmeprüfung, und da waren ein paar Hundert Leute, die sich für diese Ausbildung beworben haben. Ich dachte, ich hätte keine Chance.» Aber da er bilingue ist (die Mutter war eine Welsche), hätten sie ihn genommen. Danach war er 13 Jahre lang als Zugbegleiter unterwegs. Später arbeitete er am Bahnhof, bei der Abteilung Gepäck und Fundbüro.

**PAPAGEI.** Erzählt er von seiner Zeit als Kondukteur, klingt es wie eine Geschichte aus längst vergangener Zeit. Kondukteur war damals ein sehr technischer Beruf. Bader musste Wagen koppeln, Bremsen kontrollieren und ausrechnen, wie schnell der Lokführer fahren durfte. Denn die Geschwindigkeit war abhängig von der Anzahl der Wagen, dem Lokomotivtyp, der Strecke und dem Gefälle. Beim Rückwärtsfahren mussten sie für die Lokführer die Signalbilder pfeifen. Bader sagt: «An den Bahnhöfen haben wir die Züge mit einer Schrällpfeife abgefertigt.» In Moutier BE sorgte dies für Verwirrung. Denn dort hatte es auf einem Balkon einen Papagei, der die Züge abpfeift. «So stand ich eines Tages auf dem Perron, und der Zug war weg.»

**TEILZEIT.** Walter Bader wohnt in Gerolfingen BE. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und fünf Enkelkinder. Bader stammt aus einer Turnerfamilie, war selbst jahrelang Trainer und auch im Bähnlersport aktiv. Seit 1983 ist Bader Mitglied der Bähnlengewerkschaft SEV. Er arbeitet 70 Prozent in der SBB-Fundzentrale.



Brille, Handy oder Schlüssel verloren? **Walter Bader** sorgt dafür, dass wir sie wieder erhalten.

## «Manchmal regnet es Regenschirme»

**Walter Bader (55) macht in der Fundzentrale der SBB in Bern eine detektivische Arbeit. Und landet manchmal selbst in einem Krimi.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

7000 verlorene Gegenstände, 7000 Geschichten. Und mittendrin Walter Bader. Er ist Fachspezialist Fundservice in der SBB-Fundzentrale in Bern. «Über all die Geschichten rund um die verlorenen Objekte könnte ich ein Buch schreiben», sagt er und lacht. «Hier in der Zentrale lagern wir ungefähr 7000 Gegenstände. Aber insgesamt haben wir im letzten Jahr 129000 Gegenstände erfasst, und weit über die Hälfte davon konnten wir den Besitzerinnen und Besitzern zurückgeben», erklärt er. Nicht ohne Stolz. Denn er war schon dabei, als die verlorenen Objekte noch an den Bahnhöfen gelagert und zurückgegeben wurden, an denen sie abgegeben worden waren. Damals lag die «Trefferquote» nur bei 30 Prozent. Bader sagt: «Das neue System, das wir 2004 eingeführt und vor gut zwei Jahren erneuert haben, ist viel

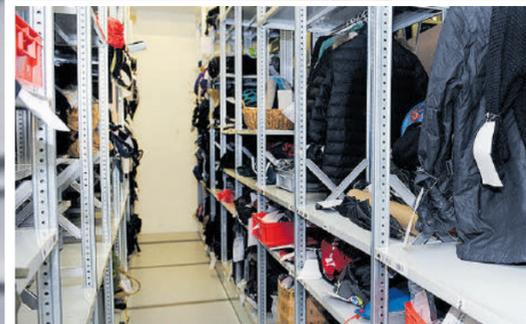
effizienter.» Alle Gegenstände, die in Zügen oder auf SBB-Gelände gefunden werden, kommen nach Bern. Jeweils am Morgen werden die Gegenstände gebracht und dann von Bader und seinen neun Mitarbeitenden registriert. Maximal sechs Minuten haben sie pro Gegenstand zur Verfügung. Die Erfassung der Gegenstände benötige viel Erfahrung, sagt Bader. «Es braucht das Fürürl, etwas, das einen chutzelet.» Und genau diese detektivische Arbeit mache den Job interessant. «Mit der Zeit weiss man, wann es sich lohnt, etwas mehr Zeit zu investieren. Wir dürfen nicht denken, «eh, diese Dächlikappe werfe ich weg». Sondern, «schau, da hat es eine Unterschrift drauf, schon ziemlich verbleicht zwar, aber noch sichtbar». Die Kappe hat also schon einen Wert.»

**KONTROLLFRAGEN.** Einige Merkmale halten die Mitarbeitenden der Fundzentrale nur intern fest, damit sie den möglichen Besitzerinnen und Besitzern Kontrollfragen stellen können und sich niemand einen Gegenstand ergaunern kann. Gleichzeitig können

Personen, die etwas verloren haben, auf der SBB-Website eine Verlustmeldung aufgeben. Ergibt sich eine Übereinstimmung, beginnen die Gegenstände am Tag 2 ihre Reise zurück zum rechtmässigen Besitzer. Dieser kann das gute Stück am Tag 3 am Bahnhof seiner Wahl abholen.

«Am häufigsten vergessen die Fahrgäste ihre Handys», erklärt Bader. Im letzten Jahr waren es über 15000 Stück. «Und davon konnten wir knapp 70 Prozent zurückgeben.» Den zweiten Platz belegen die Rucksäcke, unmittelbar vor den Mänteln und Jacken. Die Gegenstände, die am häufigsten wieder zu ihren rechtmässigen Besitzern oder Besitzerinnen finden, sind mit 83 Prozent die Reisetaschen, das Schlusslicht machen die Kopfbedeckungen mit einer Rückgabequote von lediglich 6,6 Prozent.

Natürlich gebe es auch saisonale Schwankungen, erklärt Bader. Im Frühling und im Herbst hätten sie viele Jacken, da es morgens kalt und abends warm sei. «Oder wenn es am Morgen regnet und am Abend nicht mehr, dann regnet es bei uns Regen-



**GESUCHT & GEFUNDEN:** Die SBB-Fundzentrale erfasst und lagert die vergessenen Gegenstände.

schirme.» Auch Grossanlässe bekommen sie in der Fundzentrale zu spüren. So hätten sie während der Fussballeuropameisterschaft plötzlich Tausende orangener Schals von Niederlande-Fans «an Lager» gehabt.

«Obwohl wir leider nicht sehr viel Kontakt zu den glücklichen Besitzerinnen und Besitzern haben, erhalten wir doch Dankeschreiben und erfahren so manch schöne Geschichte», sagt Bader. Etwa von dem Mann, der etwas verschämt seine Sporttasche abholen ging. Er hatte verfaultes Essen und schmutzige Sportwäsche erwartet. Stattdessen fand er trocken und fein säuberlich gefaltet seine Kleidung vor. «Natürlich sortieren wir Nahrungsmittel aus», erklärt Bader. «Und feuchte Schuhe oder Kleider lassen wir trocknen, bevor wir sie verschicken.»

**VERGESSLICHER FAKIR.** Doch es bleiben längst nicht nur solch banale Objekte liegen: Zu den exquisiteren Gegenständen gehört das Fakir-Set inklusive ausgestopfter Kobra und Flöte. Oder ein Configlas mit «Omas Gallensteinen, 1966». Eine dramatische Geschichte würde wohl das Brautkleid erzählen oder die Sträflingsjacke des Hochsicherheitsgefängnisses Alcatraz in San Francisco. «Die war echt», versichert Bader, «wir haben das geprüft.» Einem Krimi entsprungen scheinen der Krummdolch, der Laserblitzer oder der Giftring (leer). Das vergessene Glasauge, die Beinprothese oder der Elektrorollstuhl wiederum lassen wie im Märchen eine plötzliche Heilung vermuten. «Und wir haben auch skurrile Verlustanzeigen», sagt Bader. So etwa der Mann, der wissen wollte, wo der Koffer seines Vaters sei. Dieser habe ihn 1922 in einem Schweizer Zug vergessen. Bader sagt: «Der Mann wurde ziemlich unfreundlich, als wir ihm sagten, dass wir diesen Koffer leider nicht hätten.»

Heutzutage bleiben die verlorenen Gegenstände drei Monate in der Fundzentrale. Wenn sich bis dahin niemand meldet, schicken sie die Mitarbeitenden an die Firma Fundsachen.ch. Diese wiederum versteigert die Sachen oder gibt sie an Hilfswerke. Fundsachen.ch «putzt» auch die Handys, Tablets und Laptops, damit der Datenschutz gewährleistet ist, und verkauft sie dann wieder. Nur die iPhones nicht. Dort erlaubt Apple keine vollständige Datenlöschung.

Die grösste Herausforderung in seinem Job sei eigentlich, dass das Fundbüro nicht rentiere, sagt Bader. Aber seine Chefinnen und Chefs hätten verstanden, dass Leute, die ihre verlorenen Sachen wiederbekämen, wohlwollendere Kunden seien. «Deshalb habe ich die Möglichkeit, den Fundservice laufend zu verbessern.» So kann er eine Dienstleistung am Leben erhalten, die zwar für die SBB nicht lukrativ ist, aber eben ein spezieller Service für die Fahrgäste.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.  
Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinc@workzeitung.ch](mailto:patriciadinc@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), [annesophiezb@workzeitung.ch](mailto:annesophiezb@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Ralph Hug, Martin Jakob, Sandra Künzi, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänzel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, [Telefon 0313502418](mailto:Telefon 0313502418), [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, [Telefon 0313502418](mailto:Telefon 0313502418), [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia